

Prof. Dr. Ernst Kistler
Patrick Widmann
INIFES, Internationales Institut
für Empirische Sozialökonomie, gGmbH



**Zusammenstellung von Umfrage-Ergebnissen zu
Akzeptanz von und Wissen über die
Gesetzliche Rentenversicherung**

ENDBERICHT

**an den
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger/
Forschungsnetzwerk Alterssicherung**

Stadtbergen, September 2003

INHALTSVERZEICHNIS

I. Inhalt und Aufbau der Expertise

II. Exemplarische Darstellung einiger ausgewählter Umfragen

II.1. Monitor- bzw. Trendbefragungen: Beispiel Politbarometer

- a) Forschungs-Design und Methodik
- b) Inhaltliches
- c) Einschätzung
- d) Generelles zu Monitor- bzw. Trendbefragungen

II.2. Sozialwissenschaftliche Großerhebungen: Beispiel ALLBUS

- a) Forschungs-Design und Methodik
- b) Inhaltliches
- c) Einschätzung
- d) Generelles zu Sozialwissenschaftlichen Großerhebungen

II.3. Auftrags-Forschung: Beispiel Zeit-Umfrage „Die Deutschen und die Renten“

- a) Forschungs-Design und Methodik
- b) Inhaltliches
- c) Einschätzung
- d) Generelles zu Auftrags-Forschungen

II.4. Markt-Forschung: Beispiel Bauer Media KG „Die Riester-Rente“

- a) Forschungs-Design und Methodik
- b) Inhaltliches
- c) Einschätzung
- d) Generelles zu Markt-Forschungen

II.5. Auftrags-/Markt-Forschung: Beispiel DIA-Rentenbarometer

- a) Forschungs-Design und Methodik
- b) Inhaltliches
- c) Einschätzung
- d) Generelles zu Befragungen dieses Typs

III. Anmerkungen zu einigen zentralen Ergebnistrends

IV. Zusammenfassung: Lücken im Monitoring

V. Ausblick

Literaturverzeichnis

Anhang:

Übersichtstabelle des zusammengestellten Umfrage-Materials

I. Inhalt und Aufbau der Expertise

Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) hat INIFES mit der Durchführung einer Expertise zum Thema

„Zusammenstellung von Umfrageergebnissen zu Akzeptanz von und Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung“

beauftragt. Der hiermit vorgelegte Endbericht fasst die Ergebnisse dieser Arbeiten zusammen.

In Absprache mit dem Auftraggeber, vertreten durch Herrn Rehfeld, wurde das Hauptaugenmerk auf die Recherche und Zusammenstellung von empirischem Material mit relevanten Items zur Akzeptanz von und dem Wissen über Rente(n) und Rentensystem in der BRD, insbesondere die GRV, gelegt. Des Weiteren, aufgrund des eingeschränkten Umfangs dieses kleinen Forschungsprojekts, wurde der Fokus in zeitlicher Hinsicht auf aktuellere, insbesondere auf seit den 1980ern Jahren bis in die jüngste Zeit durchgeführte Befragungen gesetzt. Frühere Befragungen finden aber exemplarisch Erwähnung. Außerdem wurde für eine etwas ausführlichere Darstellung eine Auswahl von Erhebungen getroffen, die von uns bei näherer Betrachtung entweder als besonders in der einen oder anderen Weise auffällig, besonders öffentlichkeitswirksam und/oder als beispielhaft für andere ähnlich konzipierte Umfragen eingestuft wurden. Eine knappe Darstellung des restlichen zusammengestellten Umfrage-Materials erfolgt dann komprimiert in Tabellenform im Anhang dieser Expertise.

Der erste Schritt der Arbeiten bestand in einer ausführlicheren Recherche und Sammlung des Umfrage-Materials zur Ermöglichung eines Überblicks über die in den letzten Jahrzehnten durchgeführten größeren und in der Öffentlichkeit bekannten Befragungen zu den Einstellungen der Bürger. Dabei wurde jedoch nicht der Anspruch auf absolute Vollständigkeit erhoben, der bei der inflationären Menge der gerade in den letzten Jahren zur Thematik veröffentlichten kleineren Befragungen den Rahmen dieser Expertise gesprengt hätte.

Der zweite Arbeits-Schritt bestand dann in einer näheren Analyse des jeweils verwendeten Forschungsdesigns und der methodischen Vorgehensweisen bei den zusammengestellten

Untersuchungen.¹ Die Reihenfolge der für eine nähere Darstellung ausgewählten Umfragen in diesem Endbericht (bzw. in der Übersichts-Tabelle im Anhang) wird dabei der Einfachheit und besseren Nachvollziehbarkeit gewisser Entwicklungs-Tendenzen halber geordnet nach 1) den Auftraggebern bzw. Studientyp und 2) chronologisch sein.

Ziel war es, mittels der systematischen Darstellung und einer vergleichenden Analyse der jeweils verwendeten Methodik eine Einschätzung der relativen Verlässlichkeit und Plausibilität der Ergebnisse der jeweiligen Erhebungen möglich zu machen. Auf dieser Basis und vor dem Hintergrund einer potentiell vorhandenen bestimmten Interessenlage des oder der Auftraggeber(s) der jeweiligen Befragung – was in diesem Kontext zu vermuten und bei näherer Betrachtung stellenweise auch recht offensichtlich ist - konnte dann eine allgemeine Einschätzung zur Aussagekraft und zu einer an methodischen Kriterien orientierten Einordnung der teilweise divergierenden Untersuchungs-Ergebnisse – notwendigerweise vorerst beschränkt auf deren Kernaussagen - getroffen werden.

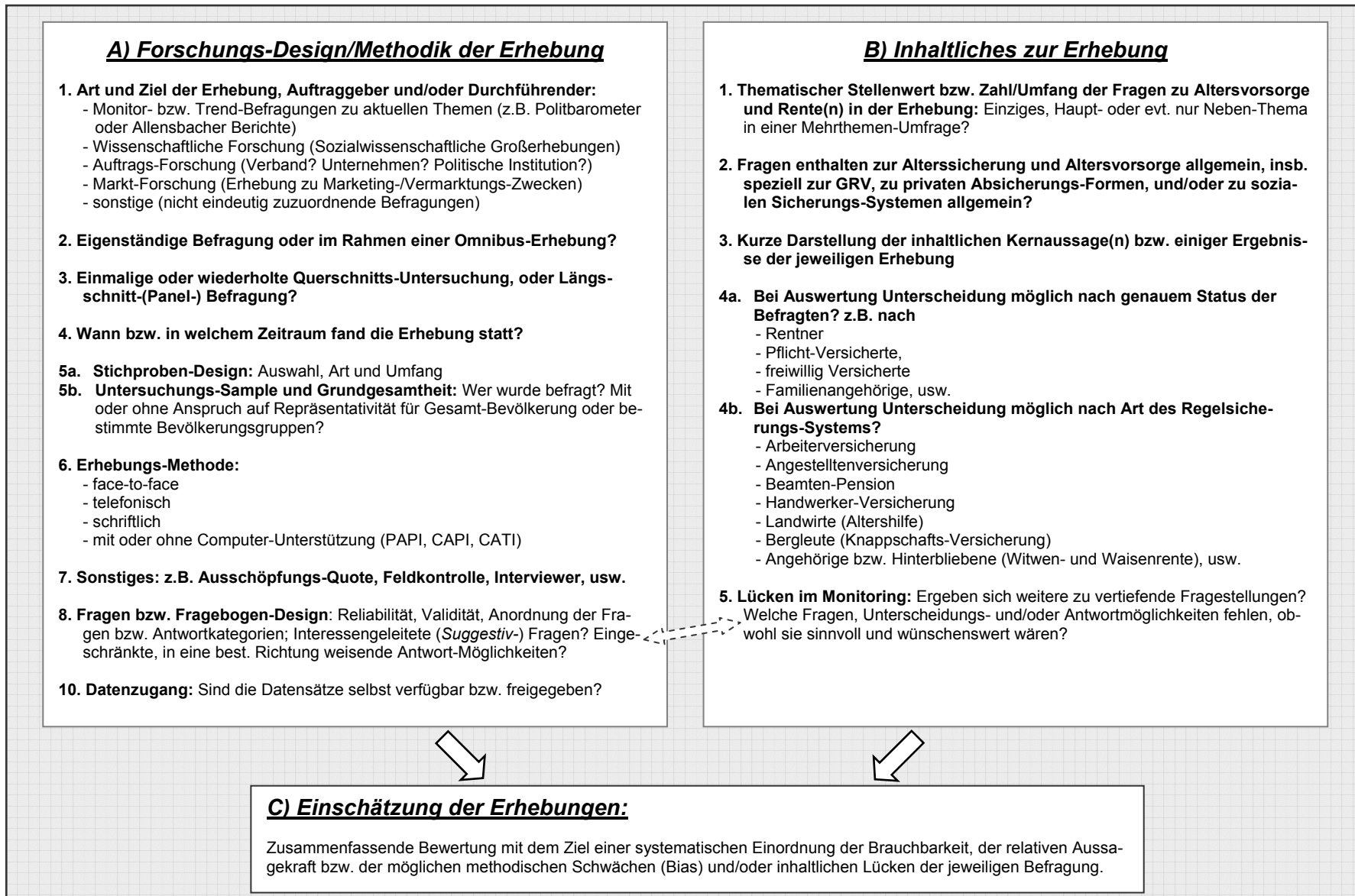
In einem weiteren Schritt wurde das zusammengestellte Umfrage-Material auf insbesondere für die GRV bzw. den VDR relevante Lücken im Monitoring zur interessierenden Thematik untersucht, d.h. einerseits auf wichtige und interessante, aber bisher leider noch gänzlich fehlende oder zu undifferenzierte Fragenkomplexe bzw. Fragestellungen und/oder Antwortmöglichkeiten, und andererseits auf evt. nicht oder nur unzureichend vorhandene, aber wünschenswerte und sinnvolle Möglichkeiten der Ausdifferenzierungen der Untersuchungs-Populationen (wie beispielsweise deren genauem rentenversicherungs-rechtlichem Status). Eine zusammenfassende Darstellung des dieser Expertise zugrundeliegenden Untersuchungs-Rasters bzw. eine Systematik der zur Bewertung des Umfrage-Materials verwendeten Kriterien findet sich in der Abbildung 1.

Auf der Grundlage dieses Ansatzes wird dann ein zusammenfassendes Fazit zur Bewertung der vorhandenen Umfragen und Materialien gezogen. Außerdem werden auch einige identifizierte Schwächen und Lücken im Monitoring im Hinblick auf „Akzeptanz von und Wissen über die GRV“ benannt.

¹ Die in dieser Expertise dargestellten Angaben zur Methodik beziehen sich auf frei verfügbare und ohne weiteres zugängliche Angaben, die die Durchführenden oder Auftraggeber von sich aus und ohne spezielles Nachfragen im Rahmen der zur jeweiligen Erhebung zugehörigen Publikationen oder auf ihren Internet-Portalen gemacht haben, oder die beim Zentralarchiv für Sozialforschung Köln angegeben und recherchierbar sind. Der problemlose und unkomplizierte Zugang *an sich* zu detaillierten Angaben über Forschungsdesign und Methodik einer Erhebung kann bereits als ein Indiz für die Güte bzw. Reliabilität einer Untersuchung und ihrer Ergebnisse gelten (vgl. z.B. P. Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin 1991).

Die Ergebnisse dieser überwiegend an methodischen Aspekten orientierten Expertise können für die Debatte als eigenständiger Beitrag wichtig und aufschlussreich sein, da es einen derartigen Überblick – auf der Basis einer systematischen Überprüfung in Verbindung mit einer an methodologischen Kriterien orientierten Einordnung - der diversen Umfragen unseres Wissens nach bisher noch nicht gab. Nicht zuletzt aber könnte sich diese Expertise auch als ein fruchtbarer Ausgangspunkt für eine weitere, sich mehr auf die inhaltlichen Aspekte - im Sinne einer vergleichenden sekundäranalytischen Auswertung der diversen Befragungen - konzentrierenden Forschung nutzen lassen. Dies nicht zuletzt zum Zwecke einer wissenschaftlich fundierten und an klaren Kriterien ausgerichteten offensiven Auseinandersetzung mit der Thematik in der politischen bzw. öffentlichen Debatte.

Abb. 1: Untersuchungs-Raster der Expertise mit den verwendeten Kriterien zur Einordnung des zusammengestellten Umfrage-Materials



II. Exemplarische Darstellung einiger ausgewählter Umfragen

II.1. Monitor- bzw. Trendbefragungen: Beispiel Politbarometer

1.a) Forschungs-Design und Methodik

Beim Politbarometer handelt es sich um Trend- bzw. Monitor-Erhebungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen, die die Forschungsgruppe Wahlen Mannheim e.V. (FGW) für das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) erstellt. Man kann durchaus davon sprechen, dass es sich beim Politbarometer um ein – wenn auch besonderes – Produkt der kommerziellen Sozialforschung handelt, da es nicht primär aus einem gewissen wissenschaftlichen Erkenntnis-Interesse heraus erstellt wird, sondern vielmehr auf die Erfüllung der Ansprüche seines Auftraggebers nach aktuellen und präsentationsfähigen empirischen Zahlen zu diversen Themen aus Politik und Gesellschaft fokussiert ist.²

Diese monatlich stattfindenden Umfragen sind eigenständige Erhebungen, die seit März 1977 durchgeführt werden. Konzipiert ist das Politbarometer als wiederholte Querschnitts-Untersuchung mit einem in den Grundlinien festen Themen-Block zu Politik(ern) und Wahlen am Beginn jeder Befragung, und einem daran anschließenden jeweils variierenden Fragen-Block zu diversen aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft. Erklärtes Ziel ist hierbei zum einen die zeitnahe Information einer breiten Öffentlichkeit mit empirischem Material mittels verschiedener Fernseh-Sendungen des ZDF sowie der regelmäßig erscheinenden Schriftenreihe „Berichte der Forschungsgruppen Wahlen e.V.“, und zum anderen das Aufzeigen von längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Bis zum Juni 1988 wurden die Daten des Politbarometers face-to-face erhoben, danach dann in Westdeutschland nur noch telefonisch. Seit dem April des Jahres 1990 wurden die Befragungen des Politbarometers auch in den neuen Bundesländern durchgeführt, und zwar bis 1995 face-to-face. Mit dem Erreichen einer Telefondichte von über 70 % der Bevölkerung im Osten wurden die Interviews ab Januar 1996 auch hier nur noch telefonisch erstellt.³ Hierfür nutzt die FGW ihr Telefonstudio in Mannheim, von wo aus der Interviewstab mit Hilfe von Computer-Arbeitsplätzen (CATI – Computer Assisted Telephone In-

² Vgl. H.-J. Andreß, Th. Heien, D. Hofäcker: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger, Wiesbaden 2001, S. 66f.

³ Vgl. W. Schulte: Telefon- und Face-to-Face-Umfragen und ihre Stichproben, in: S. Gabler, J.H.P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.): Stichproben in der Umfragepraxis, Opladen 1997, S. 148-195.

interviewing) und standardisierten Fragebögen mittlerweile alle Umfragen durchführt. Grundgesamtheit bei den Befragungen ist die wahlberechtigte Wohnbevölkerung in der BRD, sprich Personen ab einem Alter von 18 Jahren und mit der deutschen Staatsbürgerschaft in Privathaushalten. Bis 1995 erfolgten die Erhebungen separat für alte und neue Bundesländer, wobei die Einzelerhebungen bisweilen zum Teil unterschiedliche Frageprogramme enthielten. Bei den Politbarometer-Befragungen wurden in den letzten Jahren monatlich über einen Zeitraum von in der Regel 3 bis 4 Tagen für gewöhnlich zwischen 1.000 und 1.200 Personen interviewt. Mittels eines nachträglich angewendeten Gewichtungsfaktors wird Anspruch auf Repräsentativität für die gesamtdeutsche wahlberechtigte Wohnbevölkerung erhoben.

Bei der Stichprobenauswahl kommt ein mehrstufiges Zufalls-Verfahren zum Einsatz. So werden für die Telefon-Interviews Haushalte in Ost und West zufällig nach dem RLD-Verfahren (Randomized last Digit) ermittelt und anschließend mittels eines Geburtstagschlüssels eine Auswahl der wahlberechtigten Wohnbevölkerung getroffen.⁴ Durch den Einsatz der weiteren Auswahl-Stufe mittels eines Geburtstagsschlüssels werden z.B. geschlechts- oder alterstypische Verzerrungen der Stichprobe durch Präferenzen des „Ans-Telefon-Gehens“ verringert.

Hinsichtlich des Fragebogen-Designs ist festzustellen, dass dieses – wie es in der Natur einer an aktuellen Ereignissen und Debatten orientierten Trend-Befragung liegt – sich von Erhebung zu Erhebung ändert und auch Fragen zu den im Lauf der Zeit wiederkehrenden Themenblöcken meist nicht exakt wiederholt werden, da sie immer wieder an den jeweils aktuellen Stand der öffentlichen und politischen Debatte angepasst werden. Insbesondere gilt dies – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch für die in diesem Kontext vor allem interessierenden Fragen zu Rente(n) und Altersvorsorge. Generell lässt sich jedoch festhalten, dass die Fragen bzw. Antwortkategorien mit Bezug zu dieser Thematik eher – mediengerecht - kurz gehalten und nicht selten eher vereinfachend formuliert sind. So wurde beispielsweise im Mai und im August 2003 jeweils die Frage nach den bevorzugten Mitteln zur Sicherung des Lebensstandards im Alter erhoben. Als Antwortmöglichkeiten standen lediglich zum einen die Option „Mehr Privatvorsorge“ und zum anderen die Option „Steigende Rentenbeiträge“ für die Befragten zur Auswahl. Andere Alternativen zur Erreichung

⁴ Bei dem Randomized Last Digit-(RLD-)Verfahren werden für die in Telefonverzeichnissen aufgeführten Nummern die letzte oder mehrere der letzten Ziffern mittels eines Zufallsgenerators abgeändert. Auf diese Weise können auch solche Telefonanschlüsse erreicht werden, die (noch) nicht in Telefonbüchern verzeichnet sind. Vgl. ausführlich zum RLD-Verfahren S. Gabler/S. Häder: Überlegungen zur Anwendung von RLD-Verfahren bei Telefonumfragen in Deutschland, in: V. Hüfken (Hrsg.): Methoden in Telefonumfragen, Opladen 2000, S. 33-47.

dieses Ziels, von denen es ja viele gibt und auch einige in der breiten Öffentlichkeit bereits diskutiert wurden und noch werden, standen als Antwortmöglichkeiten überhaupt nicht zur Verfügung; geschweige denn, dass darauf hingewiesen worden wäre, dass sich hinter dem Begriff „Private Vorsorge“ sehr wohl ebenso höhere Kosten für die gegenwärtigen Beitragszahler verstecken können. Somit können die Ergebnisse an dieser Stelle nur unter Vorbehalt betrachtet werden.

Die im Politbarometer erhobenen Daten sind mit einem gewissen zeitlichen Abstand vom Zeitpunkt der Erhebung als kumulierte Jahres-Datensätze frei verfügbar und beispielsweise über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln als SPSS-Files mitsamt Codebüchern für eine weitere Forschung zugänglich.

1.b) Inhaltliches

Eigentlicher Schwerpunkt des Politbarometers sind die allgemeinen Einstellungen der Bürger zu Politik(ern) und Parteien. Im Rahmen des darüber hinausgehenden zusätzlichen Fragenkomplexes zu spezifischeren Einstellungen hängt bei einer - in erster Linie um Aktualität bemühten - Mehrthemen-Erhebung wie dem Politbarometer der Stellenwert und Umfang der zu Rente(n) und Altersvorsorge gestellten Fragen sehr stark von der jeweiligen Intensität der öffentlichen Debatte hierzu ab. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass Einstellungen zu dieser Thematik nicht regelmäßig erhoben werden, und wenn dies dann doch geschieht, dann finden sich maximal 2 bis 3 Fragen hierzu im Fragebogen. Diese variieren dabei inhaltlich stark und sind meist, wie bereits oben erwähnt, eher allgemein formuliert und um Einfachheit bemüht. Im Zeitverlauf wurden immer wieder sowohl Fragen nach der GRV und privaten Altersvorsorge-Formen gestellt, aber auch allgemein nach Einstellungen und Erwartungen bezüglich der Altersversorgung und den sozialen Sicherungssystemen.

Der - in beinahe allen hier untersuchten Datengrundlagen vorhandene - Fragenkomplex zu soziodemographischen Merkmalen der Befragten ist vergleichsweise knapp gehalten, jedoch ausreichend für erste Differenzierungen der Untersuchungs-Population. Bedauerlicherweise sind aber bei der Auswertung der Datensätze des Politbarometers lediglich grobe Unterscheidungen der Befragten nach Rentnern und Erwerbstätigen möglich, jedoch keine exakten Differenzierungen zu deren genauem rentenversicherungsrechtlichen Status.

Die Kernaussagen des Politbarometers variieren aus den oben angeführten Gründen, insbesondere entsprechend den wechselnden Fragestellungen, im Lauf der Zeit stark. Bei

den im Jahr 2003 zu Rente(n) und Alterssicherung erhobenen Fragen lassen sich als interessante Ergebnisse aber unter anderem festhalten, dass z.B. im August über zwei Drittel der Befragten für mehr private Vorsorge anstatt für einen Anstieg der Rentenbeitragszahlungen plädieren. Im Widerspruch hierzu steht hingegen das Ergebnis aus der Februar-Befragung, in der sich lediglich ca. die eine Hälfte der Befragten zu dem Statement „*Die Beiträge der Rentenversicherung sollen sinken und die private Vorsorge erhöht werden*“ positiv, sich jedoch genau so viele (jeweils 48 %) dazu negativ äußerten. Zu der von der sog. „Rürup-Kommission“ vorgeschlagenen Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre⁵ artikulierte aber eine deutliche Mehrheit von über 80 % - sowohl in der Mai-, Juni- als auch August-Erhebung 2003 – durchgängig eine eindeutig ablehnende Meinung.

1.c) *Einschätzung*

Die Angaben zum Forschungsdesign und zur verwendeten Methodik des Politbarometers, die die FGW zur Verfügung stellt, sind detaillierter als diejenigen vieler anderer kommerzieller Meinungsforschungs-Institute, wenn auch bei weitem nicht vollständig. So fehlen unter anderem genaue Angaben zur Ausschöpfungsquote der „Responding Units“, sowie zu den Interviewern, z.B. ob und wie diese geschult sind oder wonach deren Bezahlung erfolgt. Kritisch zu betrachten ist das gänzliche Fehlen von Angaben zum Vorhandensein von Pretests für die Befragungen. Ob die nachträgliche Gewichtung der Befragten mittels der Daten der amtlichen Statistik geschieht oder nach anderen Werten, war nicht ohne weiteres in Erfahrung zu bringen.

Inhaltlich wurden beim Politbarometer zwar insbesondere Items zur Rente und Altersvorsorge immer wieder erhoben. Diese erscheinen aber überwiegend als eher zu grob strukturiert, erlauben recht wenige Ausdifferenzierungen zur Renten-Thematik und bleiben an dieser Stelle oft an der für ein wissenschaftliches, aber auch praktisches Erkenntnis-Interesse eher unbefriedigenden Oberfläche der Probleme und Möglichkeiten. Ein detaillierter und damit tatsächlich aufschlussreicher Einblick in die Einstellungs-Muster der deutschen Bevölkerung scheint kaum möglich. Obwohl die erhobenen Daten des Politbarometers bzw. der FGW bis ins Jahr 1977 zurückreichen, ist die Erstellung von längeren Zeitreihen mit Bezug zu Rente(n) und Alterssicherung nur an sehr wenigen Stellen – und dort auch nur mit Einschränkungen – machbar. Dies liegt nicht zuletzt an den nur in den wenigsten Fällen exakt wiederholten Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten. Maximal

⁵ Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission, Berlin 2003.

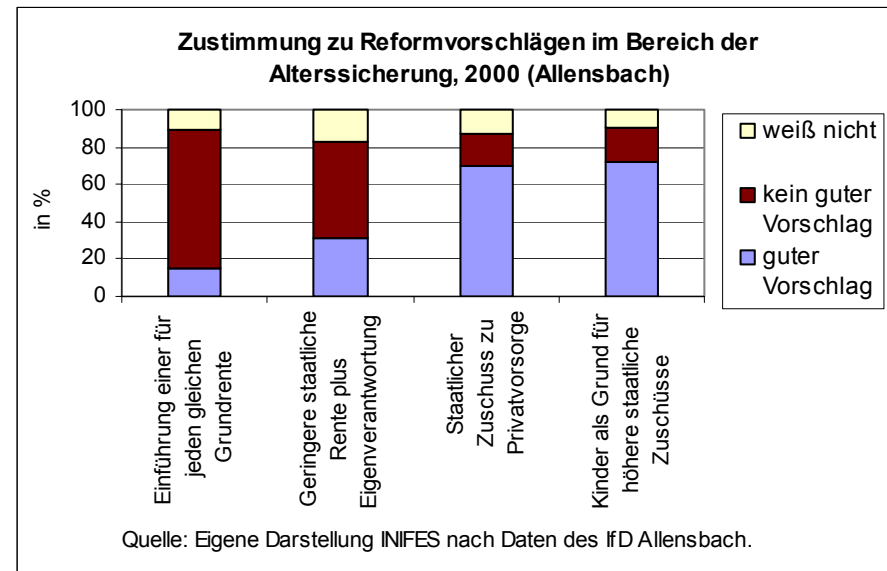
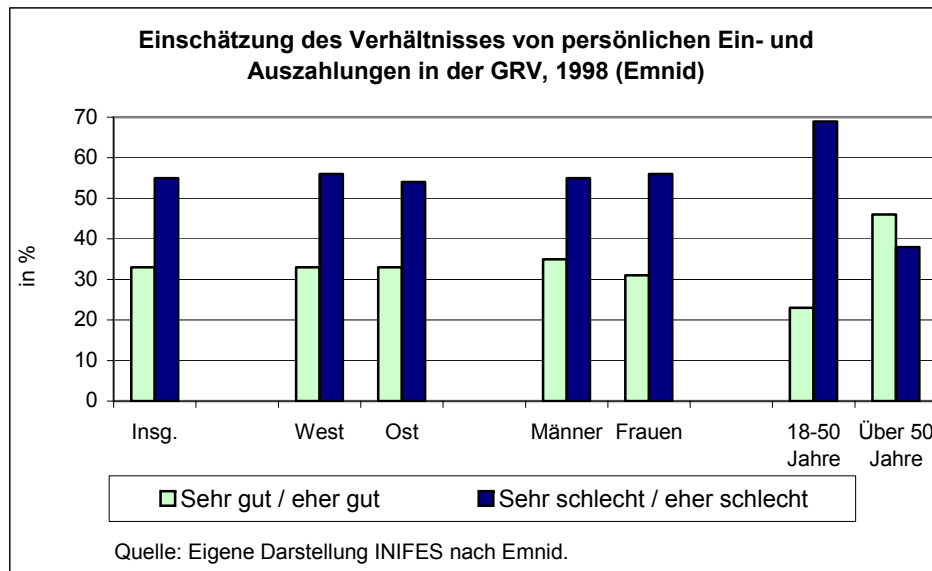
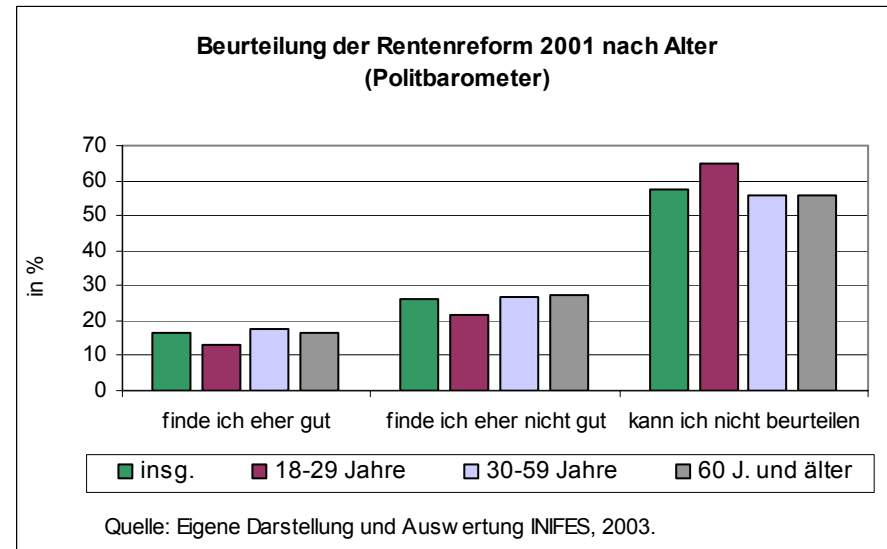
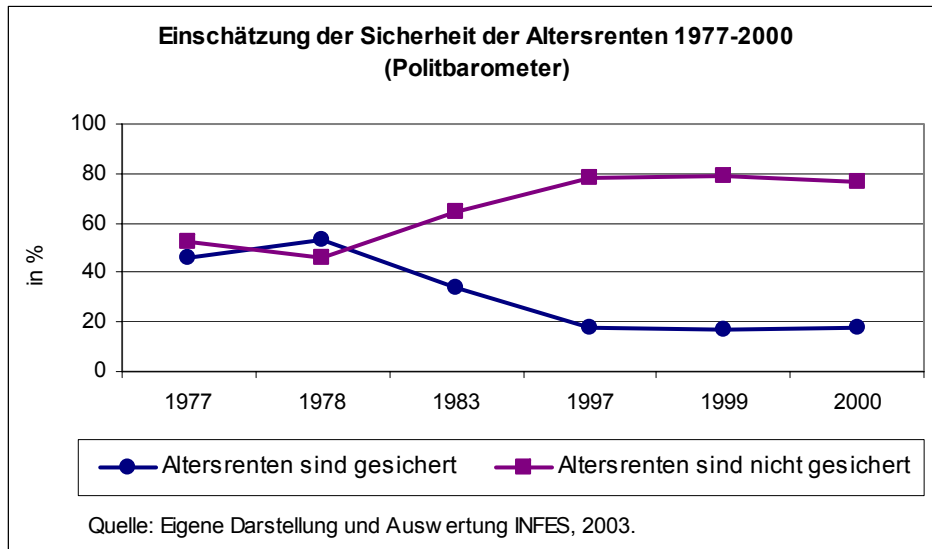
gewisse Trends zu einigen wenigen Items können in der zeitlichen Entwicklung Objekt der Beobachtung bzw. Analyse sein. Bei der Auswertung sind ebenfalls nur grobe Differenzierungen möglich – kaum ausreichend für eine wirklich fundierte, nur auf diese Datengrundlage beschränkte Analyse der teilweise unterschiedlichen Akzeptanz-Urteile und des Wissensstands zu Rente und Rentensystem innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen.

1.d) Generelles zu Monitor- bzw. Trendbefragungen

Ähnliches muss - mit Blick auf nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Ausdifferenzierung der Untersuchungsergebnisse - in weiten Teilen leider auch für die anderen im Rahmen dieser Expertise gesichteten regelmäßig stattfindenden Monitor- bzw. Trend-Untersuchungen der etablierten Meinungsforschungs-Institute konstatiert werden, wie z.B. in den EMNID-Berichten „Umfrage und Analyse“ oder den „Allensbacher Berichten“. Bei diesen Studien sind zudem aber in der Regel noch weniger Angaben zur verwendeten Methodik und zum Forschungsdesign erhältlich als bei den Erhebungen der FGW. Das gilt weniger für die dort dokumentierten eigentlichen Trendstudien wie „AWA“ (Allensbach) oder „Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten“ (Emnid), die aber nicht kostenfrei zugänglich sind. Sehr positiv und beileibe nicht selbstverständlich ist es hingegen im Falle des Politbarometers, dass die Datensätze nahezu frei zugänglich und für Auswertungen verfügbar sind. Bei anderen Marktforschungsinstituten sind die Daten, auch die aus älteren Erhebungen, nicht ohne weiteres zugänglich oder gar frei verfügbar. Dieser Umstand erschwert deren Nutzung für den Zweck einer weiteren detaillierten Analyse der Ergebnisse – obwohl hier im Zeitverlauf eine vergleichsweise hohe Zahl von für die Renten-Thematik relevanten Items erhoben wurden – leider erheblich.

Trend-Befragungen in der Art des Politbarometers haben natürlich sehr wohl ihren Nutzen: Sie sind aktuell und können auch erste grobe Informationen über vorherrschende Meinungsbilder und Einstellungsmuster der Bevölkerung zu Fragen der Rentenpolitik und der Alterssicherung geben. Nur teilweise leisten können sie jedoch detaillierte Differenzierungen und die Erklärung von ermittelten Einstellungen, was jedoch sowohl für eine sorgfältige wissenschaftliche Analyse als auch als Handlungsgrundlage bzw. als „Feedback“ für die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung unentbehrlich wäre. Ebenfalls nur eingeschränkt möglich ist die Aufstellung von Zeitreihen. Zum Aufzeigen von validen längeren Entwicklungs-Linien zu dem Themenkomplex „Akzeptanz von und Wissen über die GRV“ können derartig auf Aktualität ausgerichteten Monitor-Befragungen nur als bedingt tauglich und allenfalls in der Zusammenschau ergiebig eingestuft werden.

Abb. 2: Weitere exemplarische Ergebnisse aus Monitor- bzw. Trendbefragungen



II.2. Sozialwissenschaftliche Großerhebungen: Beispiel ALLBUS

2.a) Forschungs-Design und Methodik

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) stellt eine regelmäßig stattfindende sozialwissenschaftliche Großerhebung dar. Sie dient der Erhebung empirischer Daten zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und ist als eigenständige Befragung konzipiert. Ziel ist hierbei die Untersuchung von sozialen Lagen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in Deutschland sowie die Beschreibung des sozialen Wandels im Zeitverlauf.

Diese Befragungen werden unter der Federführung des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) und des Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung Köln erstellt, unter der Beteiligung von mehreren universitären Einrichtungen. Erstmals realisiert wurde der ALLBUS im Jahr 1980, und im Jahr 1986 wurde das Projekt schließlich auch in den Rahmen der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) aufgenommen.

Die technische Durchführung haben im Laufe der Zeit verschiedene kommerzielle Umfrageinstitute übernommen, bei der jüngsten Befragungswelle im Jahr 2000 beispielsweise war dies Infratest München. Obwohl der ALLBUS seit 1980 in der Regel in einem Intervall von 2 Jahren erhoben wird, ist er - im Gegensatz z.B. zum SOEP - nicht als Längsschnitt- (bzw. Panel-) Befragung derselben Untersuchungspopulation über einen längeren Zeitraum angelegt. Vielmehr stellt dieses Projekt eine wiederholte Querschnitts-Untersuchung mit jeweils neu zusammengesetzten Stichproben und mit jeweils wechselnden Themen-Schwerpunkten dar, bei denen jedoch angestrebt wird, bestimmte Kern-Themen zur Erfassung eines möglichen sozialen Wandels alle 6 Jahre zu wiederholen.

In den verschiedenen Befragungswellen wurden jeweils zwischen 3.000 und 4.000 Personen interviewt - teilweise in Verbindung mit dem eng verwandten International Social Survey Programme (ISSP). Grundgesamtheit für die Untersuchungen war jeweils die bundesrepublikanische Bevölkerung ab 18 Jahren (bis 1990 nur alte Bundesländer einschließlich West-Berlin). Bis 1990 wurden nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft befragt, ab 1991 dann auch ausländische Personen mit ausreichenden Deutschkenntnissen.

In den Jahren 1980 bis 1992 und 1998 war der ALLBUS als Haushaltsstichprobe mit einer mehrstufig geschichteten Zufallsauswahl aus allen in Privathaushalten lebenden Personen

über 18 Jahre angelegt (ADM-Stichprobendesign⁶). In den Jahren 1994, 1996 und 2000 wurde hingegen zur Stichprobenbildung ein personenbezogenes zweistufiges Ziehungsverfahren eingesetzt. Hierbei wurden in der ersten Auswahlstufe zufällige Gemeinden in West- und Ostdeutschland mit einer Wahrscheinlichkeit proportional zur Zahl ihrer erwachsenen Einwohner ausgesucht, und dann in der zweiten Auswahlstufe die zu befragenden Personen aus den Einwohnermeldekarteien zufällig gezogen. Um für die Analyse der ostdeutschen Teilstichprobe noch aussagekräftige Fallzahlen gewährleisten zu können, wurden dort jeweils mehr Personen befragt als es ihrem Anteil an der bundesrepublikanischen Bevölkerung entspricht (disproportionale Stichproben-Schichtung). Um jedoch Analysen der Daten mit Anspruch auf Repräsentativität für die gesamtdeutsche erwachsene Bevölkerung zu ermöglichen, ist in den Datensätzen seit 1991 ein nachträglich anzuwendender Gewichtungsfaktor auf Basis von Mikrozensus-Daten beigelegt.

Die Befragungen wurden bis einschließlich 1998 als mündliche Befragungen mit standardisiertem Fragebogen (PAPI – Paper and Pencil Interviewing) durchgeführt. Im Jahr 2000 wurde dann das CAPI-Verfahren angewendet. Die Ausschöpfungsquote, der Anteil der nach der Stichprobenziehung tatsächlich realisierten und korrekt auswertbaren Interviews, betrug im Jahr 2000 46,9 % in West- und 53,7 % in Ostdeutschland. Die Befragungen sowie die Interviewer wurden hierbei einer vergleichsweise aufwändigen Kontrolle, die größtenteils nicht während der Feldarbeit, sondern nachträglich stattfand, unterzogen.

Die Fragen und Antwortkategorien im ALLBUS sind in der Regel neutral formuliert, das Fragebogendesign ist wegen der von Welle zu Welle differierenden Themenschwerpunkte ständig im Wandel und dementsprechend kaum global zu beurteilen, entspricht aber praktisch durchgängig den Standards einer sozialwissenschaftlich fundierten Forschung.

Sowohl die Datensätze selbst als auch detaillierte Methodenberichte zu jeder Erhebungswelle sind über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln für eine weitere Forschung zum Zweck sekundäranalytischer Auswertungen nahezu frei zugänglich.⁷

⁶ Vgl. Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute/Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse e.V. (Hrsg.): Stichprobenverfahren in der Umfrageforschung, Opladen 1999.

⁷ Vgl. für detailliertere Angaben z.B. für das Jahr 2000 den ausführlichen ALLBUS-Methodenbericht: J. Harkness, A. Koch, E. Scholz, M. Wasmer: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2000, ZUMA-Methodenbericht 2001/05, Mannheim.

2.b) Inhaltliches

Die ALLBUS-Erhebungen lassen sich in zwei Blöcke aufteilen. Zum einen in ein Fragen-Modul mit den in jeder Welle ähnlich erhobenen soziodemographischen Merkmalen, ergänzt unter anderem um Fragen zum politischen Interesse und der perzipierten Wirtschaftslage. Zum anderen in einen Block mit Fragen zu bestimmten Themengebieten, die von Welle zu Welle wechseln, jedoch in der Regel nach 5 bzw. 6 Jahren wiederholt werden. Als besonders wichtig im Kontext dieser Analyse können die Erhebungs-Wellen der Jahre 1984, 1991, 1994 und 2000 gelten, da dort verstärkt wohlfahrtsstaatliche Einstellungen thematisiert worden sind und dementsprechend auch einige – wenn auch eher wenige – speziell für sozialstaatliche Institutionen wie die GRV relevante Items erhoben wurden.

So findet sich im ALLBUS beispielsweise wiederholt eine eher auf die allgemeine Einschätzung des Sozialstaats bezogene Frage zur gewünschten Zuständigkeit des Staates für eine angemessene Versorgung bei Not, im Alter und bei Arbeitslosigkeit. Der zustimmende Anteil der Antworten ist hier im Zeitverlauf überaus hoch und lag im Jahr 2000 beispielsweise bei 86,6 % der bundesrepublikanischen Bevölkerung. Schon etwas spezieller wurde weiterhin mittels einer Skala von 1 bis 7 nach dem vorhandenen Vertrauen in die Rentenversicherung gefragt. Betrachtet man hier die Zeitreihe für Westdeutschland, so hat sich der Anteil derjenigen Befragten, die eher wenig Vertrauen in die Rentenversicherung äußerten, von 1984 (21,8 %) bis zum Jahr 2000 (41,7 %) beinahe verdoppelt. Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei der Frage danach, ob die persönliche Alterssicherung als ausreichend empfunden wird. Hier gaben 1984 noch 71,2 % der westdeutschen Befragten an, sich eher ausreichend für das Alter abgesichert zu fühlen, während im Jahr 2000 etwas weniger, aber immerhin noch mehr als zwei Drittel (67,1 %), diese Einschätzung äußerten. Dieser Wert lag bei den Befragten in den neuen Bundesländern jedoch durchgängig erheblich niedriger (2000: 56,1 %).

Diese Ergebnisse sind – über die gängigen sozio-demographischen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung oder Erwerbsstatus hinaus – nur begrenzt differenzierbar. So ist eine genaue Unterscheidung der Befragten nach ihrem rentenversicherungsrechtlichen Status bzw. der Art ihres Regelsicherungs-Systems nicht ohne weiteres möglich. Machbar wäre unter Umständen höchstens eine Hilfs-Konstruktion auf Basis einiger anderer kombinierter Indikatoren, die Rückschlüsse bzw. Vermutungen auf die gewünschten Merkmale der Befragten ermöglichen würden. Hier wäre aber wohl mit größeren Verzerrungen und Ungenauigkeiten zu rechnen, weshalb die Aussagekraft doch sehr begrenzt wäre. Daher ist

unseres Erachtens ein derartiges Vorgehen in diesem Fall zwar prinzipiell möglich, aber kaum zu empfehlen.

2.c) Einschätzung

Hinsichtlich der verwendeten Methodik kann man den ALLBUS-Erhebungen die Einhaltung eines hohen Standards bescheinigen. Wenn auch das Forschungsdesign im Lauf der Jahre nicht einheitlich (z.B. bei der Art der Stichprobenauswahl) war, so sind jedwede Veränderungen und die damit verbundenen Implikationen für die Auswertung der Datensätze gut, ja weitestgehend lückenlos, dokumentiert und werden z.B. über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln direkt zur Verfügung gestellt. Detaillierte Angaben zum Forschungsdesign und zur Methodik (bis hin zur Art der Feldkontrolle und Spezifika der Gewichtungsfaktoren) werden für jede Welle in einem eigenen Methodenbericht von erheblichem Umfang publiziert. Die Stichprobengröße der Untersuchungspopulation ist hier wie bei anderen sozialwissenschaftlichen Großerhebungen (z.B. SOEP, Alters-Survey) mindestens als ausreichend für eine aussagekräftige bzw. differenzierte Analyse der Ergebnisse zu bezeichnen. Die Datensätze selbst samt Codebüchern und Methodenberichten sind für eine weitere Forschung frei zugänglich und nutzbar.

Außerdem positiv zu vermerken ist die Möglichkeit, einige Zeitreihen zu den Einstellungen der Bürger zum Sozialstaat und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen - sowohl für die alten als auch die neuen Bundesländer - aufzustellen, um gewisse Trends in der gesellschaftlichen Entwicklung sichtbar zu machen. Da es sich beim ALLBUS jedoch nicht um eine Panel-Untersuchung, sondern lediglich um wiederholte Querschnittsbefragungen - allerdings immerhin mit begründetem Anspruch auf Repräsentativität für die bundesrepublikanische Bevölkerung – handelt, können die aufgestellten Zeitreihen bei genauerer Betrachtung nur erste, eher grobe Entwicklungs-Trends aufzeigen. Eine definitive empirische Messung des Wandels von Einstellungen in der Gesellschaft im Zeitverlauf ist mit diesem Forschungsdesign nur begrenzt möglich.

Neben der positiven Einschätzung zu Forschungsdesign und Methodik steht jedoch eine eher kritische Beurteilung der inhaltlichen Ebene. Während einige generelle Items mit Einschätzungen und Einstellungen zum Sozialstaat und den Sozialleistungen wiederholt erhoben wurden, ist die Zahl der Fragen mit direktem Bezug zu Rente(n) und Alterssicherung doch sehr gering und hauptsächlich nur in den Wellen der Jahre 1984, 1991, 1994 und 2000 vorhanden. Aber auch hier erstreckt sich das Spektrum nur auf jeweils 2 bis 4

Fragen zu der uns in diesem Kontext interessierenden Thematik. Diese fokussieren dann meist lediglich auf die Messung des allgemeinen Vertrauens in die sozialstaatliche Institution Rentenversicherung, sowie auf die Einschätzung der Befragten, ob die eigene Alterssicherung als ausreichend empfunden wird. Zu dieser geringen Zahl an verwertbaren Items kommt noch hinzu, dass die Ergebnisse nicht ohne weiteres und in dem erforderlichen Maße, wie es nötig wäre um aussagekräftige Befunde erstellen zu können, ausdifferenzierbar sind (beispielsweise wiederum im Hinblick auf den genauen Status der Befragten innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung).

2.d) Generelles zu Sozialwissenschaftlichen Großerhebungen

Der ALLBUS kann also trotz der verwendeten vergleichsweise hohen methodischen Standards quantitativ nur partielle Aufschlüsse zu den Einstellungen der Bürger zur GRV und dem System der Alterssicherung liefern – was man leider auch für die meisten anderen der für diese Expertisen gesichteten größeren und regelmäßig replizierten sozialwissenschaftlichen Mehrthemen-Erhebungen, wie z.B. Wohlfahrtssurvey oder SOEP, feststellen muss. Das Sozioökonomische Panel (SOEP) beispielsweise ist in seinen Fragen zu Rente(n) und Altersvorsorge doch überwiegend an den „harten“ Fakten, wie z.B. der Höhe des Alterseinkommens verschiedener Bevölkerungsgruppen, und eher weniger an den subjektiven, „weichen“ Einschätzungen der Befragten interessiert. Fragen zum Wissen über und der Akzeptanz von Rente(n) und Alterssicherung wurden hier lediglich in wenigen Jahren erhoben – und dort nur in sehr geringer Anzahl.⁸ Dies ist umso bedauerlicher, als das SOEP durch sein Konzept der Längsschnittuntersuchung derselben repräsentativen Untersuchungspopulation eigentlich prädestiniert dafür ist, die Aufstellung von tatsächlich aussagekräftigen Zeitreihen (z.B. Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte) zu einem möglichen Wandel der Einstellungen der Bürger aufzuzeigen.

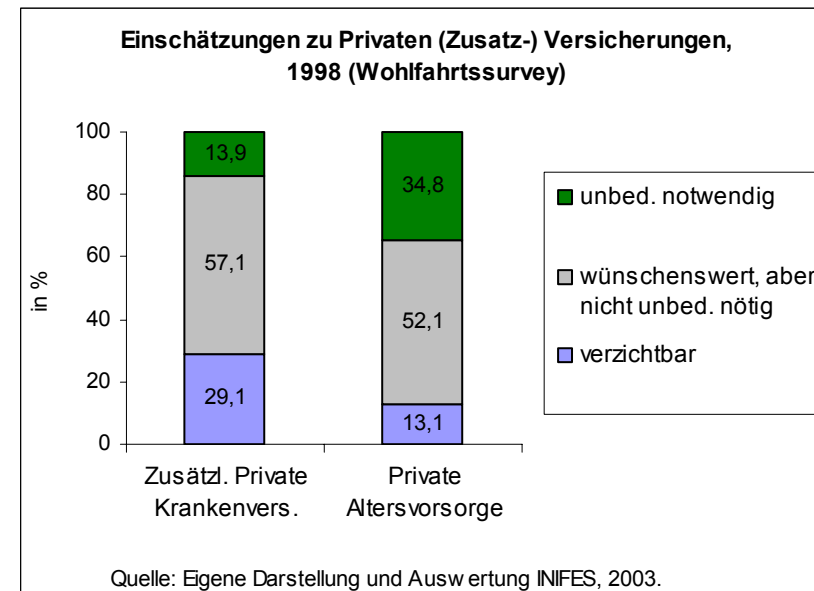
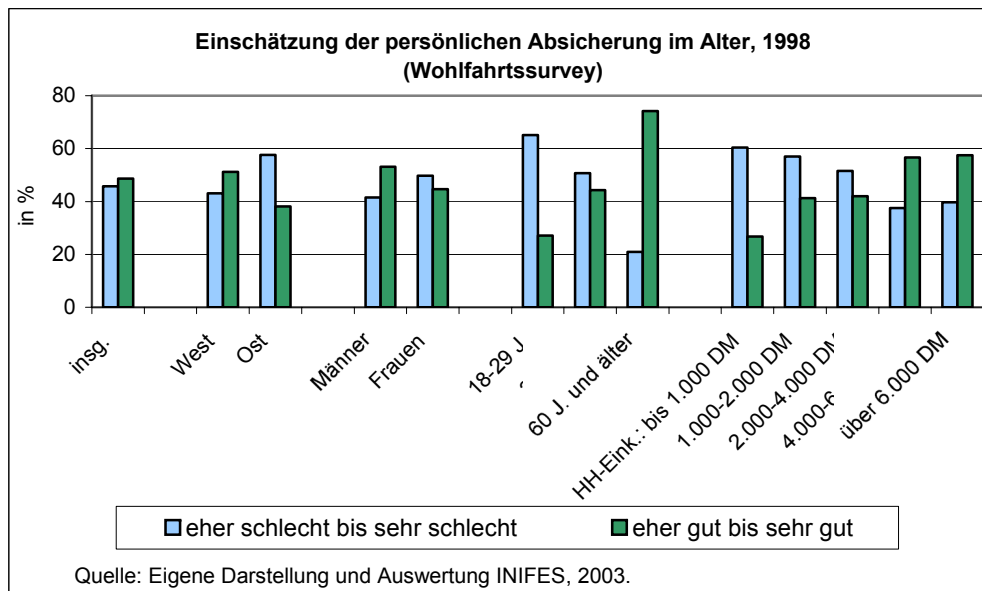
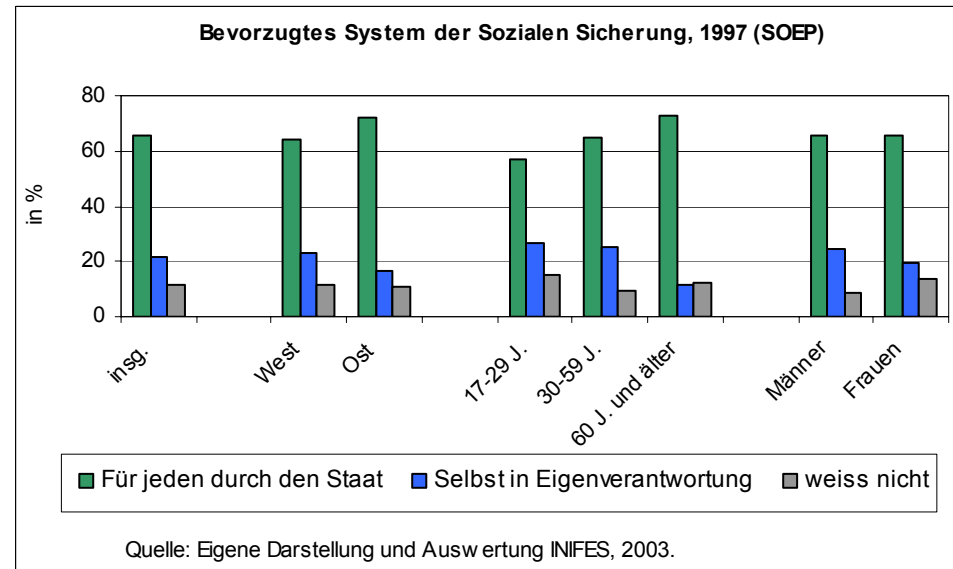
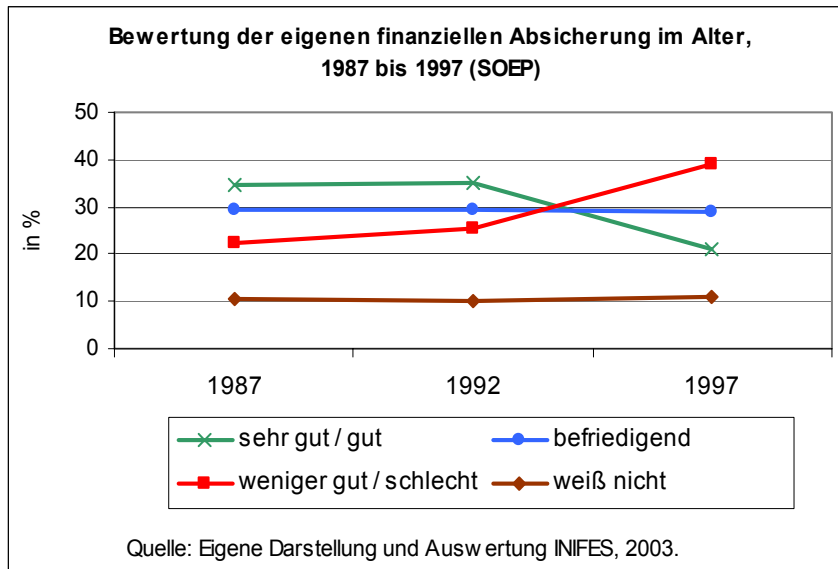
Der Wohlfahrtssurvey hingegen ist bei dieser Thematik durchaus ergiebiger als das SOEP und enthält auch mehrere direkte Items zur Akzeptanz der GRV. Diese wurden jedoch ebenfalls leider nicht in allen Erhebungswellen gleichermaßen erhoben. Dies erschwert die Aufstellung von Zeitreihen. Insgesamt betrachtet konzentriert sich der Wohlfahrtssurvey großteils eher auf allgemeine und wenig spezifische Einstellungen der Bürger zum deutschen Sozialstaat und nur an wenigen Stellen auf spezielle Items zu seinen einzelnen In-

⁸ In der Erhebungswelle 2002 des SOEP war ein größerer Fragenkomplex mit Items zu Rente(n) und Altersvorsorge enthalten. Diese Datensätze werden jedoch wohl erst im Spätherbst 2003 zugänglich bzw. verfügbar sein.

stitutionen, wie eben z.B. der GRV. Wo er dies jedoch tut, kann der Wohlfahrtssurvey durchaus einige Erkenntnismöglichkeiten für die tatsächlich in der deutschen Bevölkerung vorhandenen Einstellungen zu GRV und privater Altersvorsorge liefern.

Generell zeichnen sich sozialwissenschaftliche Großerhebungen der hier genannten Art unter anderem dadurch aus, dass sie auch hohen Ansprüchen an Forschungsdesign und Methodik entsprechen. Weiterhin sind ihre Datensätze in aller Regel frei zugänglich und für nähere Analysen direkt nutzbar. Sie liefern des weiteren Items zu bestimmten Fragen zu Rente(n) und Alterssicherung aus mehreren Erhebungsjahren, was eine – wenn auch auf bestimmte Stellen beschränkte – Darstellung gewisser Entwicklungs-Tendenzen ermöglicht. Außerdem ist ihnen – nicht zuletzt da sie als breit angelegte Mehrthemen-Umfragen mit oft wechselnden Schwerpunkten angelegt sind - jedoch leider auch gemeinsam, dass die Anzahl der Items mit Bezug zu dieser Thematik im Lauf der Jahre schwankt und in der Regel doch eher beschränkt ist. Bei allen - stellenweise - vorhandenen Möglichkeiten der deskriptiven Ausdifferenzierung der Untersuchungspopulationen ist somit eine vertiefende analytische Erklärung von möglichen Motivationslagen und Einstellungen speziell zu Rente(n) und Alterssicherung im ganz überwiegenden Teil dieser Erhebungen nur begrenzt und wiederum nur über die gemeinsame Betrachtung der verschiedenen Quellen hinweg möglich.

Abb. 3: Weitere exemplarische Ergebnisse aus Sozialwissenschaftlichen Großerhebungen



II.3. Auftrags-Forschung: Zeit-Umfrage „Die Deutschen und die Renten“

3.a) Forschungs-Design und Methodik

Bei der hier als Beispiel für Studien der Kategorie „Auftragsforschung“ gewählten Umfrage mit dem Titel „Die Deutschen und die Renten“ aus dem Jahr 1998 handelt es sich um eine Studie, die von der Wochenzeitung „Die Zeit“ veranlasst wurde. Mit der Durchführung der Befragung wurde das Marktforschungs-Institut Infratest dimap betraut. Das Ziel bestand dabei darin, eine für die unmittelbare Verwertung in einem Print-Medium geeignete Erhebung zu den Einstellungen und Meinungen der deutschen Bevölkerung zu den Rente(n) - und insbesondere den zu diesem Zeitpunkt geplanten Reformen der schwarz-gelben Bundesregierung im System der Alterssicherung - zu erhalten.

Die Ergebnisse der Studie wurden zwar in Form einer eigenständigen Untersuchung veröffentlicht, die Interviews selbst jedoch wurden im Rahmen bzw. als zusätzliches Thema in einer kontinuierlich stattfindenden Erhebung von Infratest dimap (Politik-Bus) geführt. Dieser Themen-Schwerpunkt wurde entsprechend des Forschungs-Auftrags lediglich einmalig erhoben, und zwar im Befragungszeitraum Juni 1998.

Grundgesamtheit der Erhebung waren deutsche Staatsangehörige im Alter von 18 bis 64 Jahren, die in Privathaushalten leben. Zum Erreichen von für die gesamtdeutsche Bevölkerung repräsentativen Ergebnissen wurden insgesamt ca. 1.000 Interviews geführt, davon etwas über 700 in West- und knapp 300 in Ostdeutschland. Diese leicht disproportional Ost-West-Verteilung wurde nachträglich durch die Anwendung von Gewichtungsfaktoren, die auf der Basis amtlicher Statistiken erstellt wurden, ausgeglichen. Die Auswahl der Befragten erfolgte hierbei durch ein zweistufiges Zufallsverfahren. Im Anschluss an eine zufällige Auswahl von Privathaushalten wurde in einer zweiten Stufe allen in einem Haushalt lebenden Personen mittels eines Auswahlchlüssels („Schwedenschlüssel“)⁹ die gleiche Chance gewährleistet, für das Interview ausgesucht zu werden.

Die Befragungen selbst waren als mündliche, computer-gestützte Telefoninterviews mit standardisiertem Fragebogen konzipiert (CATI). Die Interviewer erhielten zu diesem Zweck eine projektbezogene Einweisung und wurden während der Umfrage durch sog. „Supervisoren“ kontrolliert.

⁹ Schwedenschlüssel (Kish Selection Grid): Verfahren zur zufälligen Auswahl von Befragungspersonen in Mehr-Personen-Haushalten. Die Auswahl der Zielpersonen erfolgt in Abhängigkeit vom Alter der Haushaltsmitglieder und der Größe des Haushaltes.

In punkto Fragebogen-Design und Formulierung der Items lässt sich konstatieren, dass diese weitestgehend neutral erfolgte und den gängigen Regeln der empirischen Sozialforschung entspricht. Wie es bei telefonischen Interviews notwendigerweise geboten ist, wurden die Fragen und Antwortmöglichkeiten dabei vergleichsweise knapp und einfach gehalten. Weitere methodische Details wie etwa genauere Angaben zur Durchführung von Pretests oder zur Ausschöpfungsquote waren aus den zu diesem Projekt gehörenden offiziellen Publikationen nicht direkt ersichtlich bzw. zugänglich.

Die Datensätze selbst sind bisher nicht ohne weiteres erhältlich oder gar frei verfügbar, da es sich bei dieser Erhebung um eine kommerzielle Auftragsforschung für einen bestimmten Auftraggeber, der natürlich primär ein eigenes konkretes Verwertungs-Interesse aufweist, handelte.

3.b) Inhaltliches

Trotz der technischen Einbindung in die Mehrthemen-Erhebung Politik-Bus von Infratest dimap weist dieses Projekt, begründet durch die Art der konkreten Auftragsforschung zu Einstellungen zu Rente(n) und Altersvorsorge, für sich betrachtet eine hohe Zahl von relevanten Items auf. Dabei wurden sowohl Fragen speziell zur GRV als auch zu alternativen Formen der privaten Alterssicherung gestellt. Die Mehrzahl der Items bezieht sich jedoch hauptsächlich auf allgemeine und großteils nur wenig spezifische Fragen zum Wissen über und der Akzeptanz des Rentensystems, den zu diesem Zeitpunkt geplanten Reformen sowie der persönlichen Altersversorgung.

Als eine der Kernaussagen der Erhebung lässt sich hierbei unter anderem festhalten, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten (74 %) im Jahr 1998 die Meinung äußerte, dass das umlagefinanzierte System der Rentenversicherung sich im Prinzip bewährt habe, dass aber Korrekturen bzw. Reformen innerhalb dieses Systems notwendig seien. Für einen grundsätzlichen Systemwechsel bei der Alterssicherung plädierte hingegen nur ein knappes Viertel der Befragten. Auf die nicht ganz suggestionsfrei formulierte Frage jedoch, ob man es bevorzugen würde, dass die Beiträge zur GRV lieber direkt ausgezahlt werden, damit man eine Altersversorgung nach eigenen Wünschen aufbauen kann, äußerte sich mehr als die Hälfte (53 %) zustimmend.

Als weiteres Resultat dieser Befragung ist erwähnenswert, dass über 60 % der Befragten, angesprochen auf die Finanzierungsprobleme des Rentensystems, es eher vorziehen würden, höhere Beitragszahlungen zu leisten, als ein niedrigeres Rentenniveau zu akzeptieren. Diese Meinung herrscht nicht nur unter den älteren Befragten vor, sondern auch in

den jüngeren Altersgruppen. In bezug auf das Renteneintrittsalter lehnte eine klare Mehrheit von 57 % der Befragten eine Erhöhung um 2 bis 3 Jahre ab, und würde dafür vorzugsweise auch etwas niedrigere Renten akzeptieren. Differenziert man dieses Ergebnis wiederum nach Altersgruppen, so wird ersichtlich, daß an dieser Stelle doch gewisse Unterschiede – wenn auch wenig überraschende – zu Tage treten: Mit steigendem Alter sinkt die Zustimmung zu einer Erhöhung des Renteneintrittsalters kontinuierlich ab: Liegt die Bereitschaft, länger zu arbeiten, bei den 18-24jährigen noch bei 72 %, so liegt dieser Wert bei den 55-64jährigen nur noch bei 25 %.

Des Weiteren konnte – und dies ist einer der wenigen hier vorhandenen direkten Indikatoren zu dem Bereich „Wissen über“ die Rentenversicherung – nur etwa ein Drittel der Befragten den zu dieser Zeit korrekten Beitragssatz zur GRV benennen. Nur leicht höher lag dieser Wert bemerkenswerterweise selbst bei den berufstätigen Befragten, von denen auch lediglich 36 % in der Lage waren, diese Frage korrekt zu beantworten.

Für diese und alle anderen Resultate der Erhebung gilt, dass sie nur sehr beschränkt ausdifferenzierbar sind. Exakte Angaben zum rentenversicherungsrechtlichen Status der Befragten wurden auch hier nicht erhoben. Hinzu kommt, dass von den bei empirischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen gängigen sozio-demographischen Merkmalen nur vergleichsweise wenige ermittelt wurden. Diese Angaben – zumindest die veröffentlichten – beschränken sich lediglich auf Angaben zu Alter, Geschlecht, Parteineigung und Erhebungsgebiet (Ost-/Westdeutschland), sowie auf eher grobe Kategorisierungen zu (Aus-) Bildung, Berufstätigkeit, Erwerbsstatus und Haushaltseinkommen, was über die übliche Standarddemographie des Politik-Bus leider nicht hinaus geht.

3.c) *Einschätzung*

Hinsichtlich Forschungsdesign und Methodik muss man – wie es recht oft bei Untersuchungen von kommerziellen Marktforschungs-Instituten der Fall ist – feststellen, dass die frei zugänglichen Angaben zwar durchaus nützlich sind und einige Hinweise für die Einordnung der Aussagekraft der Ergebnisse bieten, aber gleichzeitig doch manche wichtigen Details nicht von Haus aus mitgeteilt werden. Genaue Angaben zum Ablauf der Interviews bzw. zur Art der Einbettung („Fragebogendramaturgie“) in den regelmäßig stattfindenden Politik-Bus von Infratest dimap fehlen gänzlich oder sind nicht befriedigend, ebenso wie eine exakte Erläuterung der angewendeten Gewichtungsmethode, Angaben zur Ausschöpfungsquote oder zur Durchführung von Pretests. Als problematisch kann außerdem die geringe Stichprobengröße, vor allem bei den Befragten in den neuen Bundesländern,

betrachtet werden. Da dort lediglich knapp 300 Personen interviewt wurden, darf bezweifelt werden, inwiefern die Ergebnisse hier bei einer Ausdifferenzierung nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen noch als repräsentativ gelten können. Auf dieses Problem weist Infratest dimap selbst jedoch immerhin ausdrücklich hin – was leider, wie die Erfahrung zeigt, nicht selbstverständlich ist.

Die Fragen selbst sind weitestgehend neutral formuliert, um einfache bzw. klare Formulierungen bemüht und eher allgemein gehalten. Positiv ist, dass sich hier – wie es der Titel der Untersuchung „Die Deutschen und die Renten“ nahe legt – eine vergleichsweise hohe Zahl von Items finden lässt, die für diese Expertise bzw. die GRV direkt oder indirekt relevant sind. Ohne wirklich in die Tiefe zu gehen, wird - in Anlehnung an die große Menge der öffentlich debattierten Änderungsvorschläge im Bereich der Alterssicherung - eine Vielzahl von unterschiedlichen Items erhoben, sei es beispielsweise zum Wissen über die Höhe der Rentenbeitragszahlungen, zur Akzeptanz einer Erhöhung des Renteneintrittsalters oder zur Einstellung hinsichtlich der Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente. Im Anschluss an einige dieser Items sind dazu ergänzend stellenweise offene Fragen platziert, in denen gefragt wird, warum die jeweilige Meinung bzw. Einstellung so oder eben anders ist. Dieses Vorgehen ist wichtig und wäre auch für andere Befragungen häufiger wünschenswert, besteht doch dadurch die Möglichkeit, auch nicht erwartete Antworten zu erhalten und somit konkrete subjektive Gründe für bestimmte Einstellungen oder Verhaltensweise in Erfahrung zu bringen (mit der geringeren Gefahr einer möglichen Ergebnis-Verzerrung, wie man es bei strikt vorgegebenen Antwortmöglichkeiten meist berücksichtigen muss).

Weiterhin auffällig bei der Sichtung dieser Erhebung war die durch den Auftraggeber („Die Zeit“) erfolgte nur stellenweise – um nicht zu sagen selektive - Interpretation der Ergebnisse, nachzulesen in diversen hierauf basierenden Zeitungsartikeln. Dort wurde unter anderem als eines der Haupt-Ergebnisse dieser Umfrage wiederholt herausgestellt, daß in Deutschland der „*vielbeschworene Generationenkonflikt*“ eindeutig nicht existieren würde und „*die Deutschen sich diesen auch nicht einreden lassen würden*“.¹⁰ Hier stellt sich jedoch die Frage, inwiefern es sinnvoll sein kann, anhand einer auf die 18-64jährige deutsche Bevölkerung beschränkten Studie fundierte und verlässliche Schlussfolgerungen über das mögliche Vorhandensein eines Generationenkonflikts anzustellen. Bei allem Verständnis für die zur Erreichung eines größeren Publikums wohl nötige schlagzeilenträcht-

¹⁰ Siehe z.B. M.-L. Hauch-Fleck, U. Heuser, G. v. Randow: Klüger als die Politik erlaubt, in: Die Zeit, 06.08.1998, S. 17f.

ge Zuspitzung von demoskopischen Ergebnissen durch die aus dem Medien-Bereich kommenden Auftraggeber erscheint es doch bedenklich, anhand einer Erhebung, die die über 64jährige Bevölkerung vollkommen außen vor lässt, die Frage klären zu wollen, ob oder in welchem Ausmaß ein Konflikt zwischen den verschiedenen Generationen existiert oder sich eventuell entwickelt. Weiterhin eher gegen diese publizierte These sprechen außerdem mehrere Einzelbefunde aus dieser Umfrage, wo doch an verschiedenen Stellen ein mehr oder minder großer Unterschied in den Einstellungen zu Rente(n) und Alterssicherung zwischen jüngeren und älteren Befragten zu Tage tritt.

3.d) Generelles zu Auftrags-Forschungen¹¹

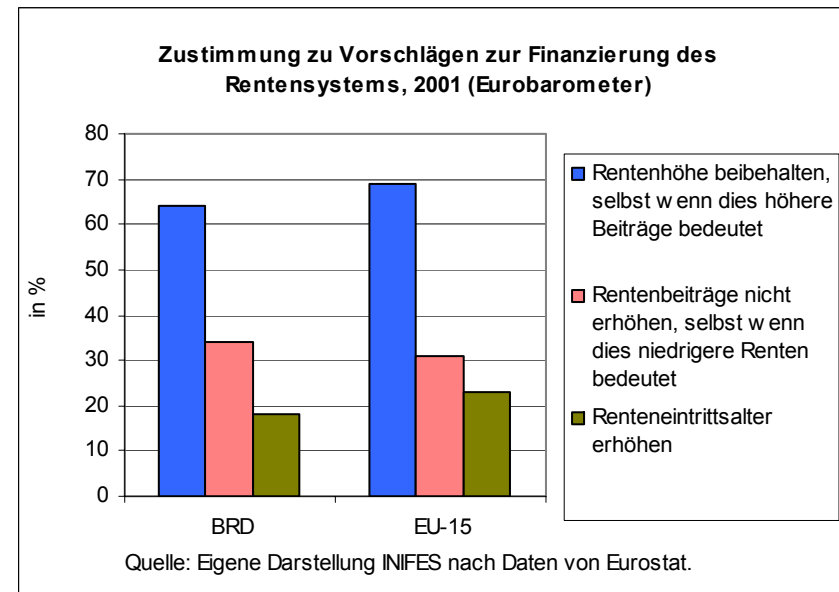
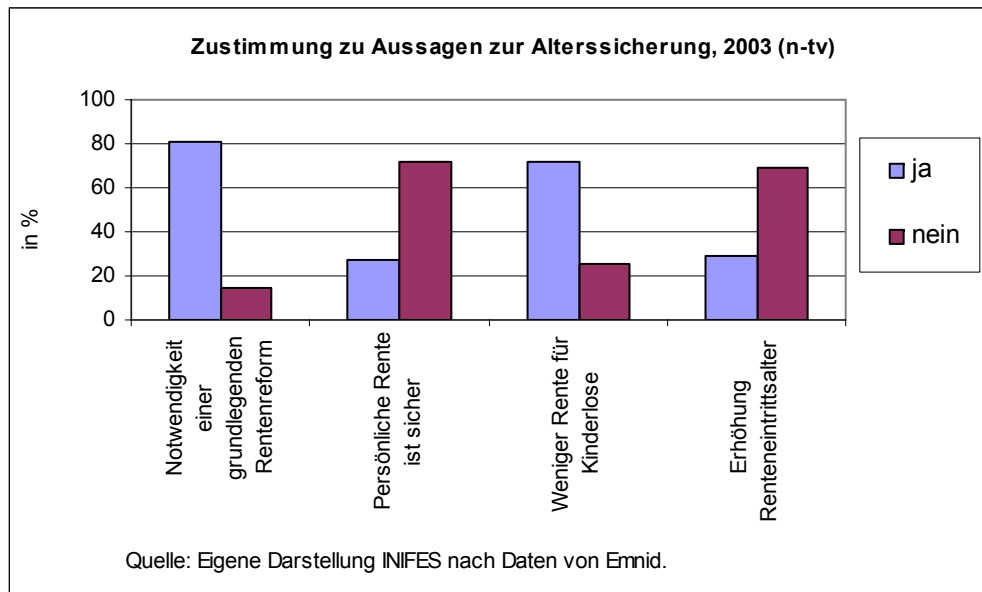
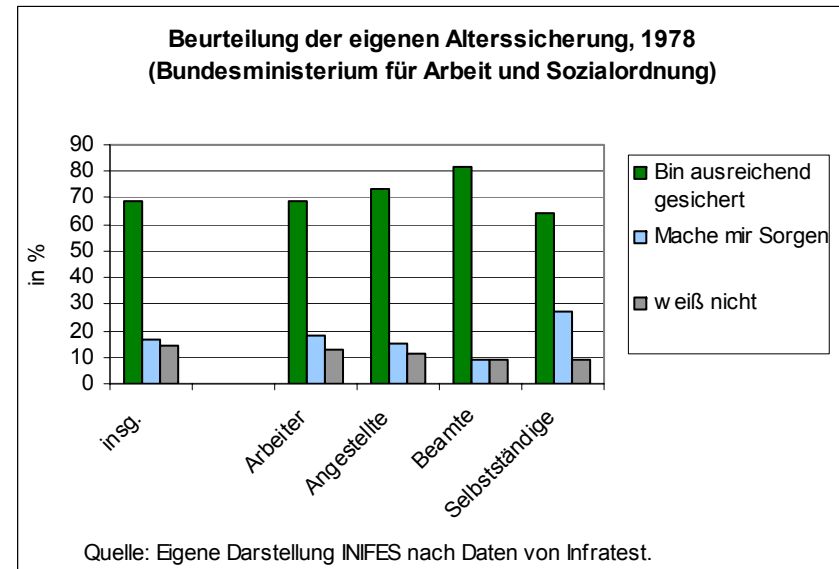
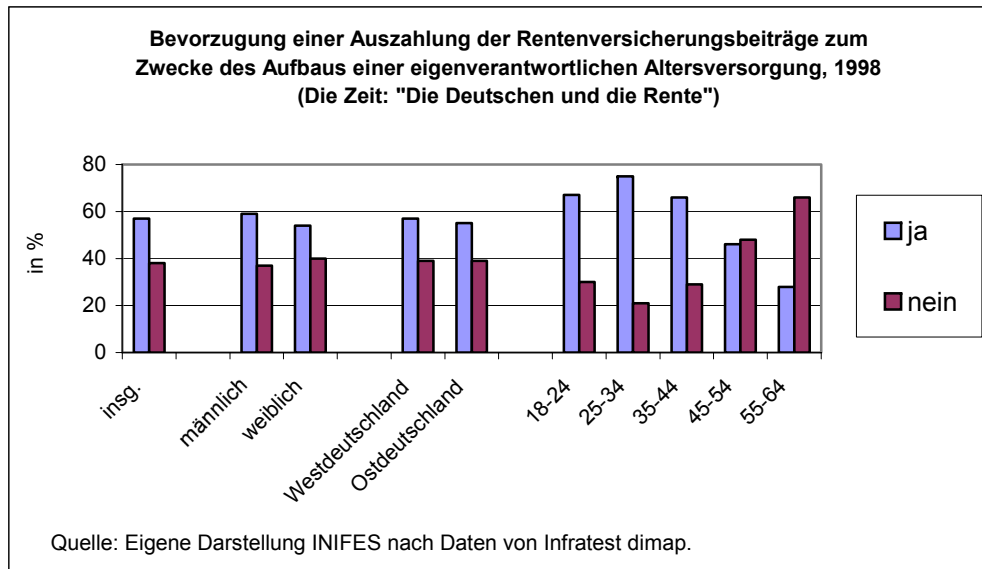
Bei allen Verdiensten - wie z.B. einer zeitnahen Informierung einer breiten Öffentlichkeit - der zahlreichen Umfragen, die insbesondere von Medienseite zu Zeiten intensiver öffentlicher Debatten zur Alterssicherung in Auftrag gegeben und publiziert werden, kann deren Nutzen für ein praktisches wie wissenschaftliches Erkenntnisinteresse doch größtenteils nur als eingeschränkt bezeichnet werden. Ob diese Befragungen nun im Auftrag der ZEIT, des SPIEGELS oder des Nachrichtensenders n-tv erstellt wurden: Ihnen allen ist in der Regel gemeinsam, dass sie die tatsächlichen Zusammenhänge und Erklärungen für gewisse ermittelte Einstellungen doch oft nur streifen und vielmehr dazu konzipiert sind, in erster Linie eher vereinfachende Schlagzeilen für die öffentliche Debatte zu liefern. Die hierbei zumeist verwendeten Forschungsdesigns und Methoden beinhalten darüber hinaus auch oft die Gefahr von gewissen Verzerrungen der Ergebnisse. Eine detaillierte Segmentierung der Untersuchungspopulationen ist dabei – nicht zuletzt wegen der meist geringen Fallzahlen - nur in den seltensten Fällen möglich. Weiterhin sind die Datensätze dieser Untersuchungen in aller Regel nicht ohne weiteres bzw. teils nur mit großem zeitlichem Abstand für eigene Sekundäranalysen erhältlich, wodurch die publizierten Ergebnisse aus diesen Auftrags-Forschungen häufig nicht direkt nachprüfbar bzw. weiter analysierbar sind. Die für eine breite Öffentlichkeit oftmals zugespitzte Interpretation der ermittelten Er-

¹¹ Der Bereich der durch staatliche oder überstaatliche Institutionen initiierten Auftragsforschung kann hier leider nicht näher angeführt werden, da zu der interessierenden Thematik „Wissen über und Akzeptanz der GRV“ kaum eigenständige Befragungen aus der jüngeren Zeit ermittelt werden konnten. Einen Sonderfall stellt eine im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte Mehrländer-Studie zu Einstellungen zu Rente(n) und Alterssicherung auch in der BRD dar. Einige Ergebnisse dieser Eurobarometer-Erhebung aus dem Jahr 2001 wurden bereits veröffentlicht (siehe die Zusammenstellung im Anhang), doch die Freigabe der Datensätze für genauere Analysen ist erst für den Dezember 2003 geplant. Vgl. jedoch hierzu für eine erste Einschätzung den im April diesen Jahres im Rahmen dieser Expertise vorgelegten Zwischenbericht. Zu früheren durch staatliche Institutionen initiierten Studien vgl. z.B. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Bürger und Sozialstaat, München 1979.

gebnisse durch die Auftraggeber erscheint dabei bei genauerer Überprüfung doch an mancher Stelle zumindest als fragwürdig, wie oben exemplarisch gezeigt wurde.

Auftrags-Forschungen dieser Art können in der Regel nur Schlaglichter auf aktuelle Stimmungslagen in der Bevölkerung werfen, für fundierte Auswertungen und einen konkreten Erkenntnisgewinn für Wissenschaft, Praxis und Politik zum Bereich Rente(n) und Alterssicherung sind sie aber nur mit der gebotenen Vorsicht verwertbar.

Abb. 4: Weitere exemplarische Ergebnisse aus Auftrags-Forschungen



II.4. Markt-Forschung: Beispiel Bauer Media KG „Die Riester-Rente“

4.a) Forschungs-Design und Methodik

Für eine exemplarische Darstellung der zahlreichen in den letzten Jahren durchgeführten Erhebungen im Bereich der Altersvorsorge, die dem Bereich der Marktforschung zu Vermarktungs-Zwecken zugeordnet werden können, wurde der erste und zweite Teil der Erhebung „Die Riester Rente – Meinungen, Potentiale, Zielgruppen“ ausgewählt. Technisch wurden diese Befragungen von der Ipsos Deutschland GmbH, einem Institut der Marketing-, Medien- und Sozialforschung aus Hamburg, durchgeführt. Auftraggeber war das ebenfalls in Hamburg ansässige Unternehmen Bauer Media KG. Erklärtes Ziel war dabei, den jeweiligen Stand des Wissens der Bürger und ihre Einstellungen zu Fragen der Altersvorsorge, insbesondere zur jüngsten größeren Renten-Reform, der sog. „Riester-Rente“, in Erfahrung zu bringen. Zur Nutzung zu Vermarktungszwecken - speziell mit Blick auf die 2001 neu eingeführten privaten Zusatzformen der Alterssicherung - beschreibt der Auftraggeber der Studie die Motivationslage mancher Banken oder Versicherungen als hauptsächlichem Anbieter derartiger privater Elemente in der Altersvorsorge: *„Grund genug für die zahlreichen Anbieter potenzieller Produkte werblich in die Offensive zu gehen, denn sie versprechen sich das Geschäft ihres Lebens.“*¹²

Hierbei war diese Untersuchung als Einschaltung in bzw. zusätzlicher Schwerpunkt innerhalb einer Mehrthemen-Befragung von Ipsos angelegt. Dieser Schwerpunkt ist in der Form einer Querschnitts-Untersuchung bisher einmal wiederholt worden. Die erste Erhebung fand dabei im Juli 2001, die zweite im Februar 2002 statt. Grundgesamtheit des Projekts war die deutschsprachige Bevölkerung ab einem Alter von 18 Jahren, die in Privathaushalten in den alten und neuen Bundesländern lebt.

Der Stichprobenumfang betrug 1.000 Personen. Angaben dazu, wie sich der Anteil der Befragten beispielsweise auf alte und neue Bundesländer verteilt, sind nicht vorhanden. Die Befragten selbst wurden über ein – nicht näher beschriebenes - Random-Route-Verfahren ausgewählt. Soweit aus den zu dieser Studie veröffentlichten Publikationen ersichtlich ist, wird jedoch hinsichtlich der Ergebnisse der Studie auch kein Anspruch auf wirkliche Repräsentativität für die erwachsene deutschsprachige Bevölkerung erhoben. Dies legen unter anderem auch die von Ipsos zu dieser Untersuchung zur Verfügung ge-

¹² Bauer Media KG (Hrsg.): Die Riester Rente – Meinungen, Potentiale, Zielgruppen, Hamburg 2001, S. 5.

stellten Tabellen zur Verteilung der Befragten nach sozio-demographischen Merkmalen innerhalb der Stichprobe nahe. So sind einige Bevölkerungsgruppen – im Vergleich z.B. zu Daten des statistischen Bundesamtes bzw. des Mikrozensus – eindeutig über- oder unterrepräsentiert. Die Interviews selbst wurden persönlich (face-to-face) mit Computerunterstützung (CAPI) geführt.

Damit erschöpfen sich die ohne weiteres verfügbaren Angaben zu Forschungs-Design und Methodik auch schon. Es fehlen beispielsweise gänzlich Angaben zur Ausschöpfungsquote, zu Pretests oder Feldkontrolle. Der verwendete Fragebogen ist nicht direkt einzusehen, weswegen zu dessen Aufbau oder der Formulierung von Fragen und Antworten kaum Aussagen gemacht werden können. Die Datensätze sind dementsprechend ebenfalls nicht zugänglich.

4.b) Inhaltliches

Inhaltlich konzentriert sich diese Erhebung auf den Wissensstand und die Einstellungen der Bürger zu den im Zuge der Renten-Reform 2001 eingeführten privaten Formen und Produkten der Altersvorsorge und Alterssicherung. Fragen mit direktem Bezug zur Gesetzlichen Rentenversicherung sind selten. Jedoch können einige Fragen mit eher allgemeinem Bezug zu Rentensystem und Altersvorsorge sowie das eine oder andere eigentlich auf die private Rente fokussierte Item zumindest indirekt auch für die GRV beachtenswerte Rückschlüsse ermöglichen.

So wurde unter anderem erhoben, welchen Lebensstandard die Befragten nach eigener Einschätzung erwarten, wenn sie sich einmal in Rente befinden. Hier äußerte ein Anteil von 60,6 % der Befragten im Jahr 2001, dass sie anstreben, im Alter ihren Lebensstandard zu halten, während dieser Anteil bei der zweiten Befragungswelle 2002 mit 68,1 % deutlich anstieg. Der Prozentsatz derjenigen, die befürchteten oder sich sogar sicher waren, dass sich ihr Lebensstandard im Alter verschlechtern würde, lag bei beiden Wellen bei lediglich 17 bis 18 %. Auf die Frage, ob die Befragten planen, sog. „Riesterrenten-Produkte“ zur privaten Altersvorsorge zu nutzen, äußerten sich 2001 59% eher ablehnend. 2002 stieg dieser Wert sogar auf über zwei Drittel der Befragten an. Die an dieser Stelle möglicherweise zu interessanten Erkenntnissen führende Zusatz-Frage, warum man dies denn nicht plant, wurde leider nicht gestellt. Das naheliegende und an anderer Stelle dieser Untersuchung erhobene Item, dass man bereits eine private Altersvorsorge habe, kann hierfür nicht als ausreichend erklärende Begründung herangezogen werden, da dies lediglich 26,6 % (2001) bzw. 30,1 % (2002) der Befragten bejahten. So äußerten in beiden

Wellen über 60 % der Befragten, dass sie gegenwärtig ausschließlich durch die staatliche Rentenversicherung abgesichert seien. Auf die Frage, wie sie sich generell in Bezug auf die Änderungen durch die Rentenreform 2001 informiert fühlten, antworteten bei der ersten Welle ungefähr zwei Drittel (65,8 %) der Befragten, dass sie sich wenig bis gar nicht informiert fühlten. 2002 lag dieser Wert dann nur geringfügig niedriger (65,1 %).

Allgemein gilt für alle erhobenen Items dieser Untersuchung, dass die Ergebnisse sich nur sehr begrenzt für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen differenzieren lassen. Eine Unterscheidung nach den gängigen soziodemographischen Merkmalen ist nicht ohne weiteres erkennbar, da die Ersteller der Studie die Untersuchungspopulation lediglich in eine aus mehreren Merkmalen konstruierte Typisierung segmentieren - zum Zwecke einer Aufteilung in spezifische Zielgruppen für die Produkte der privaten Altersvorsorge. Dies geschieht auf der Basis des Alters, des Vorhandenseins von Kindern im Haushalt und des Berufsstatus. Darüber hinaus sind offenbar lediglich die Variablen Geschlecht, Haushaltseinkommen, Schulbildung und Anzahl der im Haushalt lebenden Personen erhoben worden.

Auch bei dieser Befragung gilt wiederum, dass eine spezielle Ausdifferenzierung der Befragten im Hinblick z.B. auf deren genauen Status innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung nicht durchführbar ist.

4.c) Einschätzung

Die vorhandenen Angaben zu Forschungsdesign und verwendeter Methodik sind in großen Teilen als eher dünn zu bezeichnen. Einige zentrale Angaben fehlen hier gänzlich, während andere zwar genannt werden, jedoch oft ohne die eigentlich nötigen näheren Erläuterungen bleiben. Beispielsweise fehlen Aussagen zum Fragebogendesign oder zur Art der Einbettung in die Mehrthemen-Umfrage von Ipsos gänzlich. Dies ist für die Einschätzung der Aussagekraft dieser Studie als problematisch zu beurteilen. Mögliche Verzerrungen in den Ergebnissen durch die verwendeten Methoden (Bias) können so schwer eingeschätzt werden. Ein Indiz für die Verlässlichkeit und Plausibilität der Untersuchungsergebnisse stellen die knappen Angaben zum Forschungsdesign jedenfalls nicht dar.

Weiterhin stimmt besonders die Tatsache bedenklich, dass keine Angaben zum Verhältnis der in Ost- oder Westdeutschland realisierten Interviews vorhanden sind, da die Erfahrung zeigt, dass hier doch oft nach wie vor unterschiedliche Einstellungsmuster vermutet werden können. Der anscheinende Verzicht auf den Anspruch auf Repräsentativität schränkt die Aussagekraft dieser Erhebung darüber hinaus noch weiter ein.

Betrachtet man den Inhalt der erhobenen Items, so fällt ins Auge, dass die Zahl bzw. der Umfang der direkt für die GRV relevanten Fragen sehr gering ist. Es wird vielmehr stark auf Einstellungen zur privaten Rente und den Wissensstand zur Rentenreform 2001 fokussiert, was natürlich nicht zuletzt in der Zielsetzung der Studie für Marketingzwecke begründet liegt. Da dies jedoch ein auf viele veröffentlichte Umfragen der letzten Jahre zu Rente(n) und Alterssicherung - insbesondere denen aus dem oft nicht exakt zu trennenden Bereich der Markt- und Auftragsforschung - zutreffendes Phänomen ist, wurde diese spezielle Erhebung dennoch für eine nähere Darstellung ausgewählt. Außerdem lassen einige Items dieser Befragung doch zumindest indirekt manche Interpretationen mit Bezug auf die gesetzliche Rentenversicherung zu. Dabei ist eine Ausdifferenzierung der Untersuchungspopulation leider jedoch in nur äußerst begrenztem Umfang möglich - von einer Differenzierung nach dem rentenversicherungs-rechtlichem Status der Befragten ganz zu schweigen.

Nicht zuletzt hierdurch – sowie durch das augenfällige Fehlen von detaillierten Fragen zu den konkreten Gründen für die Zustimmung oder Ablehnung gewisser Statements – ergeben sich in der Summe schon quantitativ nur wenige interessante Ergebnisse und es werden weitere, tiefergehende Fragen eher aufgeworfen als beantwortet. Qualitativ sind die Befunde aus dieser Erhebung wegen der oben beschriebenen methodischen Unwägbarkeiten - bis hin zu offenkundigen Mängeln im Forschungsdesign - ebenfalls eher kritisch zu betrachten und können letztlich nur als begrenzt aussagekräftig gelten.

4.d) Generelles zu Markt-Forschungen

Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, dass die oben beschriebenen methodischen Unwägbarkeiten dieser Erhebung der Bauer Media KG gleichermaßen für alle der gesichteten Umfragen aus dem Bereich Markt-Forschung mit Fokussierung auf Produkte der privaten Altersvorsorge gelten. Andere, wie z.B. der „Vorsorgereport“, der 2002 mit ähnlicher Zielsetzung im Auftrag der des Instituts für Finanzdienstleistungen sowie der Bertelsmann-Stiftung erstellt wurde, sind methodisch deutlich besser dokumentiert und entsprechen auch eher den gängigen Anforderungen einer fundierten empirischen Forschung.

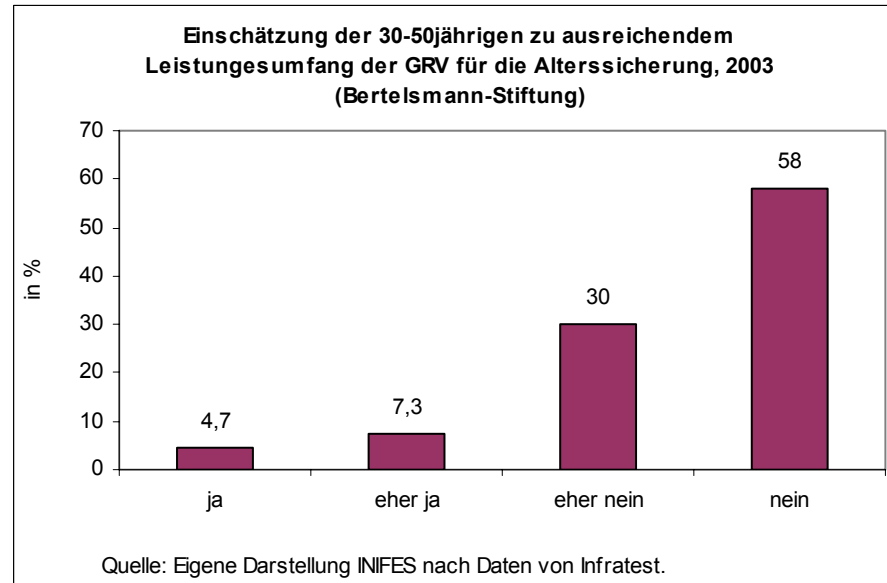
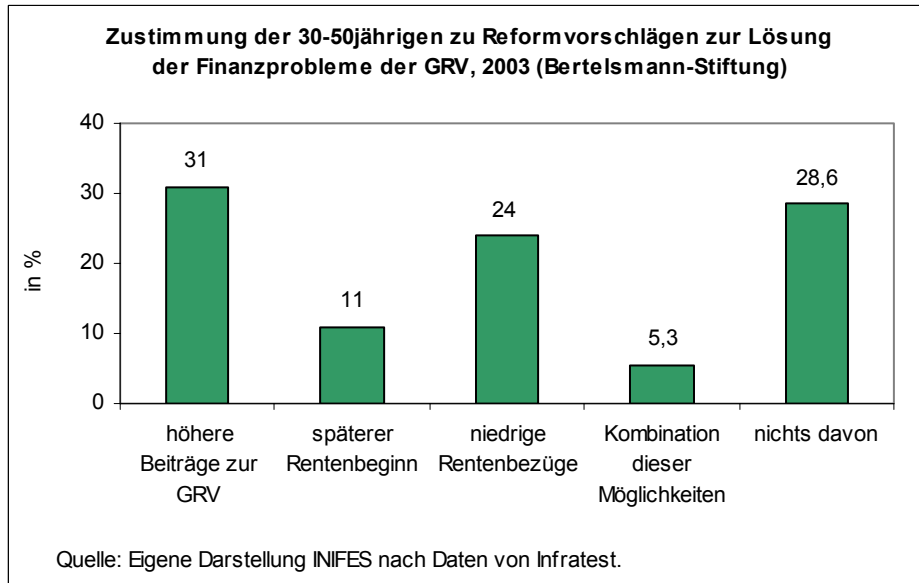
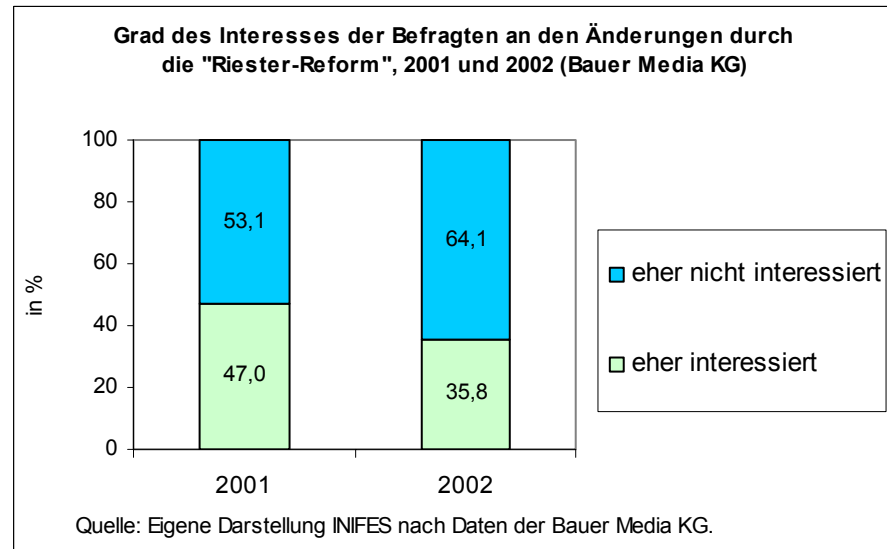
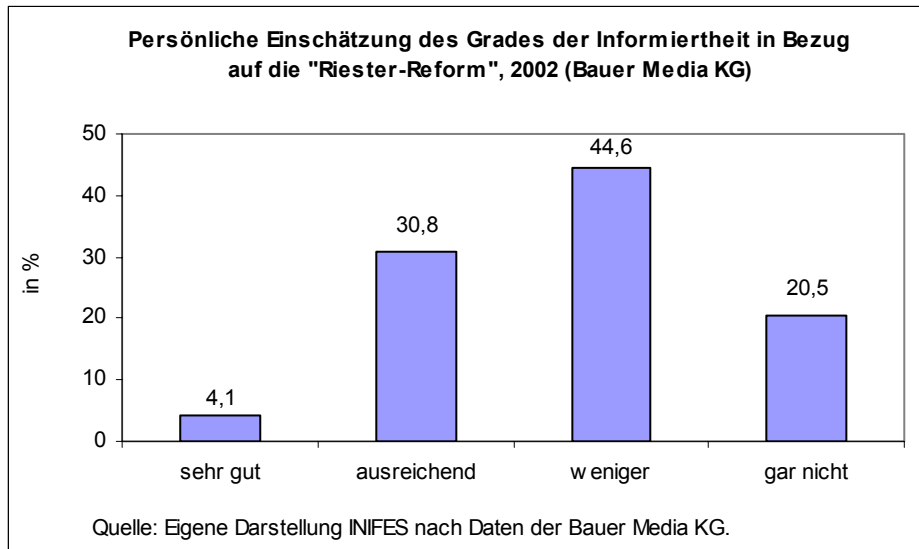
Festzuhalten bleibt trotzdem, dass in einer Vielzahl der Befragungen aus diesem Bereich der Markt-Forschung die verwendete Methodik eher schlecht dokumentiert ist, stellenweise unklar bleibt und oft die eine oder andere Schwäche aufweist. Somit bleibt eine Ein-

schätzung der Aussagekraft und eines möglichen Bias mit erheblichen Unwägbarkeiten verbunden.

Weiterhin ist es ein in diesem Bereich öfter anzutreffender Umstand, dass das Forschungsdesign nur auf spezifische Fragen zu Produkten der privaten Altersvorsorge und den hierfür als relevant angesehenen Zielgruppen ausgerichtet ist und weitere Zusammenhänge – nicht zuletzt zur gesetzlichen Rentenversicherung - weitestgehend außen vor lässt. Derartige Erhebungen sind vielfach von Haus aus nur auf die Erfassung der Einstellungen und des Wissensstands bestimmter Bevölkerungsgruppen zur Rente angelegt und können schon deshalb oft nur partielle Rückschlüsse auf mögliche Einstellungsmuster innerhalb der deutschen Bevölkerung gestatten.

Hinzu kommt, dass die Datensätze für weitere, eigene Analysen in den seltensten Fällen frei zugänglich sind. Zusammen mit dem Umstand, dass die Anzahl der Items zur Alterssicherung allgemein und speziell zur GRV in diesen Erhebungen der Marktforschung vergleichsweise gering und eine Ausdifferenzierung der Untersuchungspopulationen in der Regel ebenfalls nur sehr eingeschränkt möglich ist, muss die Brauchbarkeit derartiger Studien für eine tatsächliche Messung des Wissens über und der Akzeptanz von Rente(n) und Alterssicherung oftmals eher angezweifelt werden. Dies gilt unabhängig von der in diesem Bereich der Umfrageforschung offenbar besonders stark schwankenden Qualität von Forschungsdesign und Methodik bzw. der Dokumentation derselben.

Abb. 5: Weitere exemplarische Ergebnisse aus Markt-Forschungen



II.5. Auftrags-/Markt-Forschung: Beispiel DIA-Rentenbarometer

5.a) Forschungs-Design und Methodik

Das vor wenigen Jahren gegründete Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) definiert sich selbst als wissenschaftliches Institut, das den Schwerpunkt seiner Forschungen in der Analyse und Weiterentwicklung der staatlichen und privaten Systeme zur Alterssicherung sieht. Gesellschafter dieses Instituts sind neben anderen Unternehmen die Deutsche Bank AG und die DWS Investment GmbH. Ziel der zahlreichen vom DIA in der jüngsten Zeit durchgeführten Untersuchungen und Befragungen¹³ ist es laut eigener Aussage, *„die Chancen und Risiken der Altersvorsorge bewusst zu machen und die private Initiative zu fördern“*. Diese Forschungseinrichtung weist, unter anderem auf ihrem Internet-Portal¹⁴, gesondert darauf hin, dass es hierbei *„vollkommen unabhängig von den Marketing- und Verkaufsaktivitäten seiner Gesellschafter“* arbeitet. Faktisch finden die Forschungsaktivitäten dieses Instituts unter doch eher besonderen Strukturen und damit nicht direkt zuzuordnenden Vorzeichen statt. Da das DIA mehr oder weniger unmittelbar von einigen Unternehmen der Privatwirtschaft, allen voran der Deutschen Bank, ins Leben gerufen wurde und finanziert wird - und diesen Unternehmen hierbei nicht zuletzt auch gewisse Vermarktungs-Interessen unterstellt werden dürfen -, kann man unseres Erachtens die Forschungen dieses Instituts sehr wohl am ehesten dem Bereich der Auftrags- und Marktforschung zuordnen.

Unter der Vielzahl von Publikationen des DIA wurde für eine nähere Analyse das sog. „DIA-Rentenbarometer“ ausgewählt, da es zum einen manche Ähnlichkeiten im Forschungsdesign mit anderen Erhebungen des DIA oder auch denen des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) aufweist. Außerdem wird es regelmäßig repliziert, war zum anderen schon des öfteren Gegenstand der öffentlichen Diskussion und ist wiederholt zur Untermauerung gewisser Thesen in den Debatten zur Rentenpolitik herangezogen worden.

Das „Rentenbarometer“ des Deutschen Instituts für Altersvorsorge Köln ist eine vierteljährliche Befragung, die erstmals im Oktober 2001 durchgeführt wurde. Es ist als wiederholte Querschnitts-Untersuchung mit Anspruch auf Repräsentativität für die 18-65jährige deutsche Bevölkerung angelegt. Diese Erhebungen werden von dem kommerziellen Marktfor-

¹³ Vgl. hierzu die Übersichts-Tabelle im Anhang dieser Expertise.

¹⁴ <http://www.dia-vorsorge.de>

schungsinstitut psychonomics-AG Köln unter Beteiligung der forsa GmbH erstellt, und zwar in Form von telephonischen, computer-gestützten BUS-Befragungen (CATI). Es wurden jeweils ca. 1.000 deutschsprachige Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren, die per systematischer Zufallsauswahl ausgewählt wurden, befragt. Weitere bzw. genauere Angaben zu Forschungsdesign und verwendeter Methodik sind aus den offiziellen Publikationen des Instituts kaum ersichtlich. Es fehlen hier unter anderem Angaben zum Fragebogendesign, zur theoretischen Konzeptualisierung der Umfragen, zur Ausschöpfungsquote, zu Pretests, Interviewern, Feldkontrolle und zum Vorhandensein bzw. der Art von Gewichtungsfaktoren.

Die Ergebnisse werden kostenlos und frei zugänglich veröffentlicht, die Fragebögen und Datensätze selbst nicht.

5.b) Inhaltliches

Schwerpunkt der Umfragen sind Einstellungen der Bürger zur privaten Riester-Rente und zur Altersabsicherung allgemein, aber in diesem Kontext werden auch einige für die GRV direkt relevanten Items erhoben.

So wird im DIA-Rentenbarometer unter anderem die Frage nach der Beurteilung „*der Sicherheit bzw. Verlässlichkeit der gesetzlichen Rentenversicherung*“ gestellt. Antworten kann man auf einer 11stufigen Skala von 0 (völlig unsicher) bis 10 (völlig sicher). Ohne weitere Ausdifferenzierung wird hier in den zugehörigen Publikationen als Ergebnis das arithmetische Mittel der Antworten präsentiert: demnach sank das durchschnittliche Vertrauen von im Oktober 2001 ermittelten 4,5 Skalenpunkten auf in der bisher letzten durchgeführten Befragung im Juni 2003 3,8 Skalenpunkte. (Für das Jahr 1980 hatte das IfD Allensbach – mit einer vergleichbaren Fragestellung und derselben Antwort-Skala – noch einen im Vergleich dazu hohen Wert von 7,5 ermittelt.) Ebenfalls wurde in den DIA-Rentenbarometern die Einschätzung der „*Sicherheit der privaten Vorsorge*“ abgefragt, wo sich eine ähnliche Entwicklung, wenn auch auf deutlich höherem Niveau, zeigt: diese nahm von 6,5 im März 2002 auf 6,2 im Juni 2003 ab. Fraglich bleibt hier jedoch, ob das Vorgehen sinnvoll ist, der konkreten Einschätzung zur Verlässlichkeit der sozialstaatlichen Institution Gesetzliche Rentenversicherung einerseits eine sehr allgemein formulierte Beurteilung zur „*Sicherheit der privaten Vorsorge*“ andererseits (womit vom Erwerb von Immobilien, dem persönlichen Sparbuch bis hin zu einer förderungsfähigen Lebensversicherung vieles der Interpretation der Befragten überlassen bleibt) ohne weitere Erläuterungen direkt gegenüberzustellen. Ein derartiges Vorgehen macht es unseres Erachtens nötig,

das vom DIA recht pauschal in diversen Ausgaben des DIA-Rentenbarometers verkündete Resultat eines „*deutlich höheren Vertrauens der Bürger in die private Altersvorsorge als in die GRV*“ zu relativieren und die tatsächliche Aussagekraft der Ergebnisse an dieser Stelle eher vorsichtig zu beurteilen.

Auf die Frage „*Haben Sie bereits einen förderfähigen Vertrag – sei es privat über ein Finanzinstitut oder betrieblich über ihren Arbeitgeber – abgeschlossen oder planen Sie, einen abzuschließen?*“ antworteten von Oktober 2001 bis Juni 2003 recht konstant um die 70 % der Befragten, dass sie dies nicht planen würden. Lediglich 22 % der Befragten gaben im Juni 2003 an, weitere private Maßnahmen zur Altersvorsorge zu planen. Eine an dieser Stelle - vor dem Hintergrund eines offenbar ermittelten eher geringen Vertrauens in die GRV - möglicherweise interessante Aufschlüsse versprechende weitere Frage, warum dies denn so ist, wurde nicht gestellt. Die vom DIA angebotene Interpretation, dass diese widersprüchlichen Aussagen wohl primär auf eine „*Verdrängung der Thematik*“ zurückzuführen seien, ist nur als spekulativ zu bezeichnen, bleibt außerdem offensichtlich an der Oberfläche und kann somit kaum zufrieden stellen.

Außerdem wurde in den Erhebungen auch nach dem Wissen über die Rentenreform von 2001 bzw. ihre Auswirkungen mit folgender Formulierung gefragt: „*Die bestehende Rentenreform, die sog. Riester-Rente, führte zu vielen Änderungen in der staatlichen und privaten Altersvorsorge. Haben Sie sich bereits über die anstehenden Änderungen informiert?*“ Die Ergebnisse für dieses Item sind hierbei zu den verschiedenen Befragungszeitpunkten recht konstant. Zwischen 47 und 54 % beantworteten diese Frage jeweils mit einer der drei negativen Antwortmöglichkeiten und zwischen 46 und 53 % jeweils mit einer der zwei eher neutralen bis positiven Antwortmöglichkeiten. Ungefähr die Hälfte der Befragten hat sich also bisher mehr oder weniger über die Änderungen im Rentensystem informiert, die andere Hälfte bisher nicht oder nicht ausreichend. Betrachtet man weiterhin, wie viele sich bereits nach eigener Einschätzung ausdrücklich *ausreichend* über die Neuerungen der „Riester-Rente“ informiert haben, sinkt der Anteil auf 27 bis 30%. Im Umkehrschluss fühlen sich also mehr als zwei Drittel der Befragten demnach *nicht ausreichend* über die Änderungen durch die Rentenreform von 2001 informiert. Betrachtet man bei diesem Item die Anzahl bzw. Art der Aufteilung der Antwortmöglichkeiten etwas genauer - drei klar negative, eine neutral bis positive und lediglich eine klar positive -, so erscheint eine solche nicht symmetrische Skalierung wenig ausgewogen und legt die Vermutung nahe, dass die ermittelten Ergebnisse eher in Richtung eines geringen subjektiven Informationsgrades zur Riester-Rente verzerrt sein könnten.

Obwohl es sich beim „Rentenbarometer“ um ein Projekt mit direktem Bezug zur Renten-Thematik handelt, ist eine Segmentierung der Untersuchungspopulation beispielsweise nach der Zugehörigkeit zu der Art des Regelsicherungs-Systems innerhalb der GRV – zumindest anhand der publizierten Informationen - nicht möglich. Weiterhin sind Ausdifferenzierungen der Ergebnisse nach soziodemographischen Merkmalen nur in geringer Tiefe verfügbar und beschränken sich beinahe ausschließlich auf die Variablen Ost-/Westdeutschland, Alter, Geschlecht und Haushaltseinkommen.

5.c) Einschätzung

Die vorhandenen Angaben zum Forschungsdesign und zu den Methoden des „Rentenbarometers“ müssen als eher spärlich bezeichnet werden. Sie sind kaum ausreichend für eine umfassende Überprüfung eines möglichen Bias. Zu viele Untersuchungsmerkmale zur genauen Vorgehensweise bei den Erhebungen bleiben unklar, sind zu wenig detailliert oder fehlen gänzlich. Dies muss bedenklich stimmen und erschwert die klare Nachvollziehbarkeit des Zustandekommens der Ergebnisse bzw. eine positive Einschätzung ihrer Zuverlässigkeit erheblich.

Hinzu kommt, dass inhaltlich einige Fragen bzw. Antwortkategorien sowie die hierauf basierenden Interpretationen seitens des DIA stellenweise – wie die oben angeführten Beispiele belegen - nicht den um Ausgewogenheit bzw. Objektivität bemühten Standards der Umfrageforschung entsprechen. Dies kann zu mehr oder minder großen Verzerrungen in den Resultaten führen und wird hier kritisch bewertet.

Die Anzahl der erhobenen Items ist in den Befragungen des DIA-Rentenbarometers eher gering und sie bleiben zudem in der Regel an der Oberfläche eines möglichen Erkenntnisgewinns. Tiefergehende Folge-Fragen zu den Gründen für die jeweiligen Einstellungen der Befragten oder zur Erklärung von Widersprüchen sind kaum bis gar nicht vorhanden. Hinzu kommt, dass die Untersuchungs-Ergebnisse nur sehr wenig ausdifferenzierbar sind, sowohl was allgemeine soziodemographische als auch speziellere rentenversicherungsrechtliche Merkmale betrifft.

Insgesamt kann das „DIA-Rentenbarometer“ aufgrund der mangelhaften Angaben zur verwendeten Methodik und den inhaltlichen Schwächen der Befragungen somit nur sehr beschränkte Rückschlüsse – sowohl quantitativ als auch insbesondere qualitativ - auf die tatsächlich in der deutschen Bevölkerung vorhandenen Einstellungsmuster zu Rente(n) und Alterssicherung ermöglichen. Die Aussagekraft der ermittelten Resultate muss hierbei

stellenweise als zumindest fragwürdig eingestuft werden – was nicht mit der perzipierten Aussagekraft im Sinne ihrer öffentlichen Wirkung korrelieren muss.

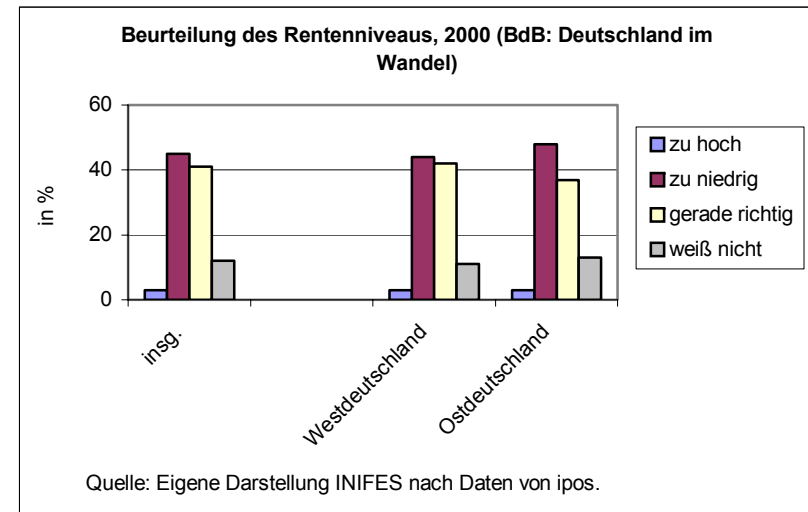
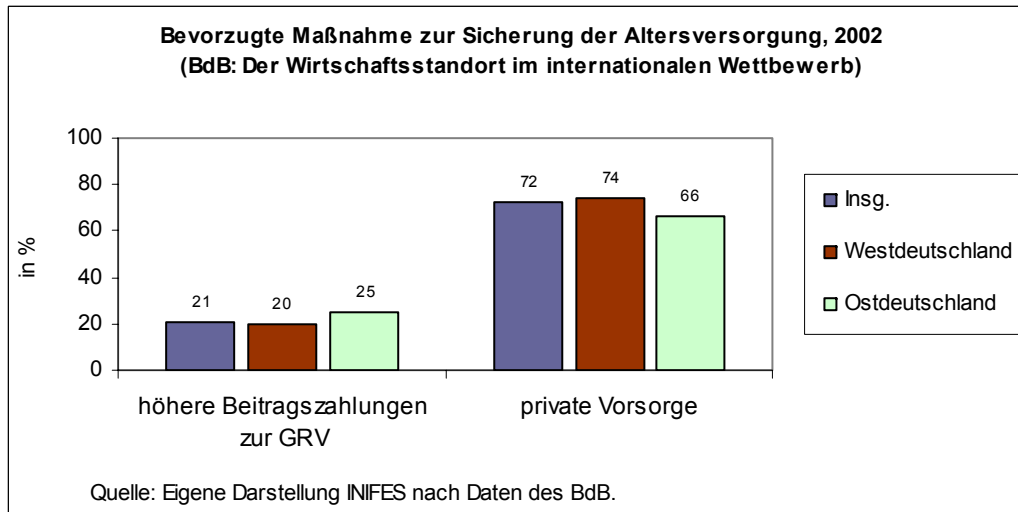
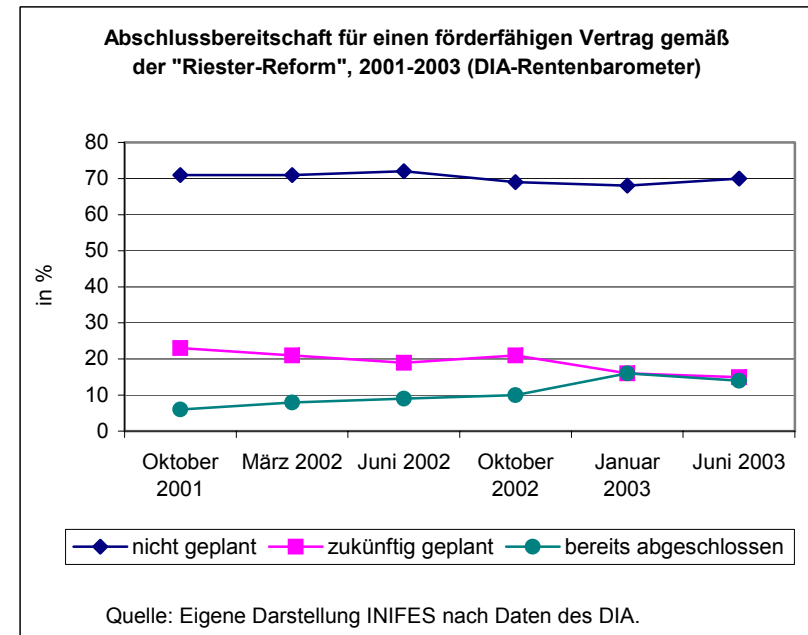
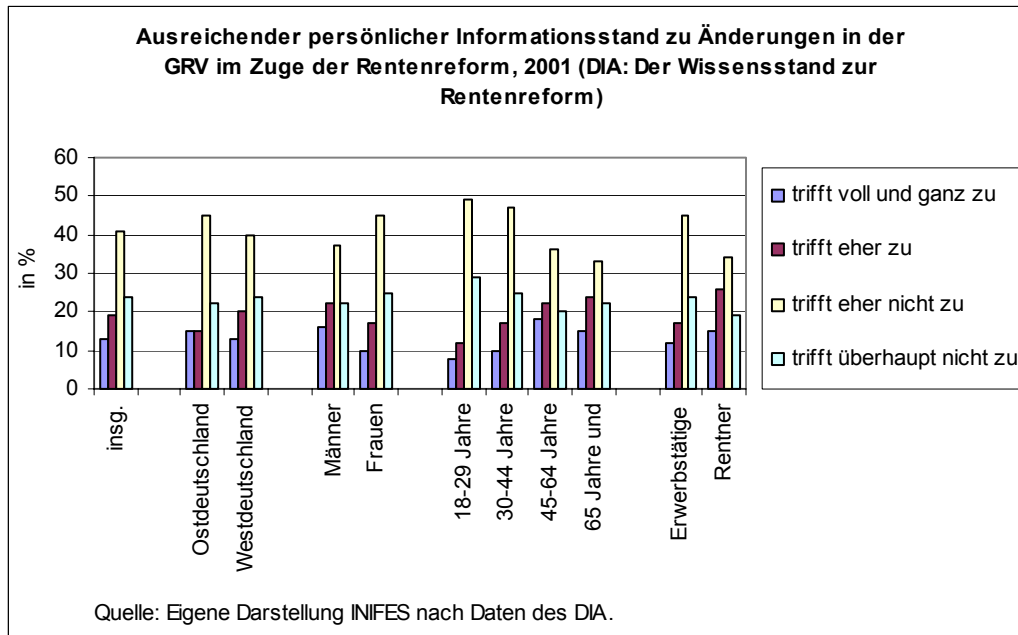
5.d) Generelles zu Befragungen dieses Typs

Von Seiten der privaten Auftraggeber sind in den letzten Jahren - neben anderen - insbesondere die Deutsche Bank und der Bundesverband deutscher Banken (BdB), oft in Verbindung mit Firmen bzw. Interessenverbänden der Versicherungswirtschaft, mit eigenen Umfragen oder gar der Gründung von Forschungsinstituten verstärkt in Erscheinung getreten.¹⁵ Betrachtet man die gerade in diesen Erhebungen an vielen – wenn auch nicht allen - Stellen zu hinterfragende verwendete Methodik, so müssen doch gewisse Abstriche an der tatsächlichen Aussagekraft einiger dieser Studien in Erwägung gezogen werden. Über die - nicht gerade vertrauenserweckende - oft nur als lückenhaft zu bezeichnende Dokumentation von Forschungsdesign und Methodik hinaus weisen des weiteren diverse Frageformulierungen und Antwortkategorien nur in unzureichendem Ausmaß die gebotene Objektivität und Neutralität auf. Dies legt dem außenstehenden Betrachter die Vermutung eines möglicherweise an der Interessenlage der Auftraggeber ausgerichteten Forschungsdesigns nahe. Die hierdurch begründete Annahme eines möglichen Bias schränkt die Verlässlichkeit und Aussagekraft der von den Auftraggebern der Erhebungen publizierten Interpretationen der Ergebnisse jedenfalls in nicht unerheblichem Maße ein.

Quantitativ enthalten die diversen auf Initiative von DIA und BdB erstellen Umfragen in ihrer Summe viele aktuelle und potenziell aufschlussreiche Items zum Wissensstand und Akzeptanz der Bevölkerung in Bezug auf Rente(n) und Alterssicherung, wenn auch eine wichtige Erkenntnisse versprechende Segmentierung der Untersuchungspopulationen im Großteil der Befragungen nur begrenzt möglich ist. Die Qualität der veröffentlichten Befunde erscheint unseres Erachtens aber als zumindest hinterfragenswert und muss aus den oben angeführten Gründen eher kritisch beurteilt werden. Damit kann ein ganz erheblicher Teil dieser Studien dem Anspruch auf einen verlässlichen und fundierten Erkenntnisgewinn zu den in der Bevölkerung tatsächlich vorhandenen Einstellungs-Mustern zu Rente(n) und Altersvorsorge sowie den möglichen Gründen hierfür nur unzureichend genügen.

¹⁵ Vgl. die tabellarische Zusammenstellung des Umfrage-Materials im Anhang.

Abb. 6: Weitere exemplarische Ergebnisse aus Befragungen von DIA und BdB



III. Anmerkungen zu einigen zentralen Ergebnistrends

Wie bereits angemerkt, ist insbesondere in den letzten Jahren die Zahl der empirischen Erhebungen mit Bezug zu „Akzeptanz von und Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung“ beträchtlich gestiegen. Unterschiedlichste Institutionen und Auftraggeber haben derartige Studien mit verschiedensten Zielsetzungen durchgeführt bzw. in Auftrag gegeben. Die methodische Qualität schwankt dabei jedoch – wie oben gezeigt wurde - in erheblichem Ausmaß. Ist einigen Erhebungen ein hoher methodischer Standard mit nur geringer Wahrscheinlichkeit eines Bias zu bescheinigen, kann dies für andere nicht im selben Maß festgestellt werden. Dies liegt zum einen an einer mangelhaften oder nur schwer zugänglichen Dokumentation von Forschungsdesign und Methodik, zum anderen an den stellenweise offensichtlichen Schwächen des verwendeten Forschungsdesigns und den kritisch zu bewertenden Methoden selbst. Letzteres führt dann teilweise zum Verdacht auf eine Verzerrung der jeweiligen Untersuchungsergebnisse. Es muss dementsprechend immer im Auge behalten werden, dass die Aussagekraft der diversen Untersuchungsergebnisse stark variiert.

In den vorliegenden Untersuchungen wurde der Fokus auf diverse Bevölkerungsgruppen und auf vielfältige Themen-Schwerpunkte gelegt – sei es in den regelmäßigen sozialwissenschaftlichen Mehrthemen-Erhebungen, in aktuellen Trend-Erhebungen oder in spezifischen Einzelerhebungen. Dadurch ergibt sich in der Summe ein erhebliches Potenzial für eine Einschätzung der in der bundesrepublikanischen Bevölkerung vorhandenen Einstellungen zum Thema Renten und Altersvorsorge. Insbesondere gilt dies für den Zeitraum ab 1997 – verstärkt nochmals seit 2001 -, als die Rentenreform-Debatten in Deutschland sehr intensiv waren und die diskutierten bzw. durchgeführten Änderungen im Bereich der Alterssicherung einen hohen Stellenwert in den Medien einnahmen.

In punkto Ergebnistrends vermittelt hierbei das zusammengetragene und bisher grob untersuchte empirische Material in Bezug auf das Wissen über die Rentenversicherung allgemein bzw. die persönliche Rente speziell doch das Bild von erheblichen und sogar leicht steigenden (subjektiv empfundenen) Informationsdefiziten. Gerade die aktuelleren Umfragen – die in Bezug auf die letzten Änderungen im Zuge der „Riester-Reform“ durchgeführt wurden – weisen darauf hin, dass sich ein großer Teil der Menschen als über die Renten-

versicherung bzw. –reform eher nicht ausreichend informiert fühlt. Insbesondere gilt dies für Frauen, die sich teilweise offenbar überfordert fühlen bzw. dazu neigen, die Verantwortung für das Management ihrer Altersversorgung auf ihre Lebenspartner (oder an den Staat) zu delegieren.

Bei der Einschätzung der Höhe der eigenen zu erwartenden Rente tendiert außerdem ein erheblicher Teil der in einigen Untersuchungen Befragten dazu, diese eher zu über- als zu unter-, geschweige denn richtig einzuschätzen. Nichtsdestotrotz wurde in diversen Erhebungen als weiteres Ergebnis ermittelt, dass der überwiegende Teil der sich noch nicht in Rente/Pension befindlichen Bürger eher eine Verschlechterung ihres Lebensstandards im Alter erwartet bzw. befürchtet. Diese Sorge ist besonders stark in den jüngeren Altersgruppen sowie in den unteren und mittleren Einkommensklassen verbreitet.

Bemerkenswert ist ferner die unter einem großen Teil der Menschen weiterhin auf hohem Niveau verbreitete Ansicht, dass sehr wohl nach wie vor hauptsächlich „der Staat“, sprich die Gesetzliche Rentenversicherung, für die Altersversorgung zuständig ist bzw. sein sollte und private Vorsorgeformen lediglich in Form einer Ergänzung der staatlich garantierten Altersrente größere Akzeptanz finden. Unterschiede im Vertrauen in die Rentenversicherung bzw. Hinweise auf mögliche Konfliktlinien sind hierbei im Großteil der bisher gesichteten Datensätze vor allem zwischen Alten und Jungen, Ost- und Westdeutschland, Berufstätigen und Rentnern identifizierbar – jedoch nicht in allen Befragungen gleichermaßen.

In den Ergebnissen der meisten als methodisch unbedenklich einzustufenden Erhebungen scheint sich eher zu bestätigen, dass - wohl nicht zuletzt verursacht aufgrund der verstärkten öffentlichen Diskussion über die Zukunftsfähigkeit und Reformnotwendigkeit des Rentensystems - die Verunsicherung vieler Menschen in Bezug auf ihre Altersversorgung zugenommen hat. An der hohen generellen Akzeptanz der staatlich garantierten Gesetzlichen Rentenversicherung und ihrer eindeutigen Präferenzierung durch die deutsche Bevölkerung gegenüber der Alternative privater Vorsorge in Eigenverantwortung hat sich jedoch in den letzten Jahren und Jahrzehnten – und auch im Vergleich mit anderen sozialen Sicherungssystemen wie der Sozialhilfe oder der Arbeitslosenversicherung – bei genauerer Betrachtung nur relativ wenig geändert. Wenn auch einige Umfrage-Ergebnisse darauf schließen lassen, dass in bestimmten Bevölkerungsgruppen diese Akzeptanz etwas gesunken ist, so befindet sie sich doch immer noch auf einem recht hohen Niveau. Vor allem die Angehörigen jüngerer Generationen bewerten hierbei jedoch ihre Altersabsicherung

zunehmend skeptischer. Darin kann durchaus ein erster Anhaltspunkt dafür gesehen werden, dass doch - zumindest auf längere Sicht betrachtet - eine Erosion der Akzeptanz von bzw. des Konsenses über das sozialstaatliche System der Alterssicherung drohen könnte. Wenn auch die Umfragewerte in Bezug auf die Zufriedenheit mit und das Vertrauen in das Rentensystem schon seit mindestens den 1970er Jahren bei den jüngeren Altersgruppen in der Bundesrepublik immer erheblich unter dem Wert für die höheren Altersgruppen lag, so war das empirisch ermittelte Niveau dieser Ergebnisse für die Jüngeren doch noch nie so niedrig wie in den letzten Jahren.

Des Weiteren ist sich die übergroße Mehrheit der Menschen – soweit dies bei der im Rahmen dieser Expertise nur begrenzt vorgesehenen eigentlichen, inhaltlichen Auswertung des empirischen Materials abzusehen ist - jedoch durchaus bewusst, dass angesichts der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung weitere Reformen des Rentensystems bevorstehen. Dass diese allerdings aus der Sicht der Bevölkerung hauptsächlich auf mehr Eigenverantwortung und die Verlagerung der Zuständigkeit für die Altersversorgung weg vom Staat, hin in private Hände erfolgen soll, scheint das empirische Material, abgesehen von eher fragwürdigen Einzelbefunden, nicht generell zu bestätigen. Vielmehr werden einerseits von einem großen Teil der Menschen Reformen innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung bevorzugt, wenn auch andererseits viele die Befürchtung äußern, dass dies allein unter Umständen zur Sicherung des gegenwärtigen Niveaus der Altersversorgung für die Zukunft nicht ausreichen könnte.

IV. Zusammenfassung: Lücken im Monitoring

Insgesamt betrachtet gilt jedoch auch, dass bei der Sichtung des vorliegenden Umfragematerials einige generelle Lücken inhaltlicher Art augenfällig geworden sind.

So konzentriert sich doch ein erheblicher Teil der Umfragen aus den letzten Jahren schwerpunktmäßig auf die Erfassung von Einstellungen zu spezifischen Fragen und Problemen zu diversen Formen der privaten Altersvorsorge. Hiermit lassen sich zwar oft auch indirekte Rückschlüsse für die GRV ziehen, aber bedauerlicherweise sind direkte Items zu den Einstellungen gegenüber der GRV in einer Vielzahl der Erhebungen nur in eher gerin-

ger Anzahl vorhanden. Dies gilt insbesondere für einen Großteil der veröffentlichten Studien aus dem Bereich der Markt- und Auftragsforschung, in geringerem Ausmaß jedoch auch für viele der jüngeren Monitor- bzw. Trendbefragungen.

Festzuhalten bleibt weiterhin, dass die Erstellung von aussagekräftigen Zeitreihen – trotz der hohen Zahl der gesichteten Untersuchungen – sich als schwierig und an relativ wenigen Stellen machbar erweist. Dies liegt unter anderem an im Lauf der Jahre und Jahrzehnte immer wieder wechselnden konkreten Erhebungs-Schwerpunkten in Mehrthemen-Erhebungen, trifft aber auch auf direkt und ausschließlich auf Fragen der Alterssicherung abzielende Studien zu. Hier wie dort wurden die Frageformulierungen bzw. Antwortkategorien im Lauf der Zeit nur in wenigen Fällen exakt repliziert. Dies gilt teilweise selbst für die sozialwissenschaftlichen Großerhebungen, die ja oftmals ausdrücklich das Ziel einer Erfassung des sozialen Wandels beinhalten. So ist die Erstellung von Zeitreihen – die zum Aufzeigen von längerfristigen Entwicklungstrends sowie zu deren Erklärung sehr aufschlussreich und ergiebig sein könnte – nur eingeschränkt möglich und bleibt zudem auf eine begrenzte Zahl von Aspekten bzw. Items beschränkt. Dennoch ist hier eine vertiefende Zusammenschau und Analyse – neben anderen insbesondere beim ALLBUS, dem Wohlfahrtssurvey, dem Politbarometer sowie anhand der Daten des IfD Allensbach – sinnvoll.

Kritisch ist des Weiteren, dass die Items zur GRV in vielen der gesichteten Umfragen doch sehr allgemein und eher oberflächlich gehalten sind. Es ist augenfällig, dass tiefergehende Fragen mit dem Ziel einer subjektiven Erklärung möglicher Gründe für geäußerte Einstellungen der Befragten nicht oder nur sehr begrenzt vorhanden sind. Dies muss in ähnlicher Weise für den Bereich der sozialwissenschaftlichen Mehrthemen-Erhebungen, den um Aktualität bemühten Monitor- bzw. Trendbefragungen sowie beispielsweise dem DIA-Rentenbarometer konstatiert werden.

Hinzu kommt, dass die jeweiligen Befragungs-Ergebnisse nur bei einem Teil der Studien detailliert ausdifferenzierbar sind. Dies gilt weniger mit Blick auf die gängigen soziodemographischen Merkmale der Untersuchungspopulation, als vielmehr für deren in diesem Kontext besonders interessierende genaue Segmentierung nach ihrem rentenversicherungsrechtlichen Status oder der Art ihres Regelsicherungssystems. Dieser Umstand wiegt besonders schwer, da zum einen somit natürlich diese eventuell aufschlussreiche

Erkenntnisse ermöglichende Differenzierung der Befragten unmöglich ist. Zum anderen kann hierdurch bedingt eine fundierte Interpretation möglicher Zusammenhänge zwischen den z.B. mit AVID bzw. ASID ermittelten „harten“ Indikatoren und den „weichen“ subjektiven Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Bezug auf die GRV nur schwer hergestellt werden.

V. Ausblick

„Mit der Einführung einer massiven Förderung der kapitalgedeckten privaten Zusatzvorsorge erfolgte ein Paradigmenwechsel. Diese neue Politik der Alterssicherung ist ein Teil der Neuausrichtung der gesamten Sozial- und Gesellschaftspolitik: Weg vom umsorgenden Sozialstaat – hin zum aktivierenden Sozialstaat. Die Aktivierung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen steht dabei im Vordergrund: Der Staat hilft und unterstützt, macht aber nicht mehr alles selbst. Damit erfolgt eine Umorientierung im sozial- und gesellschaftspolitischen Selbstverständnis.“¹⁶

Bei diesem Einstieg in einen Systemwechsel in der Sozialpolitik blieben die subjektiven Meinungen und Empfindungen der gegenwärtig und/oder zukünftig hiervon betroffenen Menschen relativ unbeachtet – wie es im Fall der aktuellen Vorschläge der „Rürup-Kommission“ zu einer neuerlichen Rentenreform nun wieder zu geschehen droht. Dass in einem demokratischen Sozialstaat jedoch die subjektiven Einstellungen und Wertvorstellungen der Bürger – und damit verbunden auch die Akzeptanz – in Bezug auf staatliche und parafiskalische Einrichtungen ein sehr wichtiger und zu beachtender Indikator und Faktor für die Zukunft und Leistungsfähigkeit des Systems bzw. der jeweiligen Subsysteme ist, ist unbestreitbar.¹⁷ Divergieren gesellschaftliche Realitäten und institutionelle Vorgaben aber, so sinkt die Effektivität von Institutionen einerseits und andererseits können sie durch Veränderungen in der Gesellschaft bzw. durch einen Wandel der vorherrschenden Werte unter Umständen an Legitimität verlieren.¹⁸ Dies gilt nicht zuletzt für das Alters-

¹⁶ Bundesregierung (Hrsg.): Sozialbericht 2001, Berlin 2001, S. 19.

¹⁷ Vgl. zur Wichtigkeit der subjektiven Wahrnehmung des Sozialstaats bzw. der Sozialpolitik, basierend auf der angelsächsischen Forschungstradition des sozialpsychologischen Quality-of-life-Ansatzes z.B. R. Veenvhoven: Why Social Policy Needs Subjective Indicators, in: Social Indicators Research 58, S. 33-45.

¹⁸ Vgl. zur Legitimität von Institutionen: G. Vobruba: Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt/Main 1983. Und speziell in Bezug auf die in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielenden Gerechtigkeitsvorstellungen

vorsorge- und Rentensystem, da hierbei fast ein jeder früher oder später, direkt oder indirekt involviert ist oder sein wird.

Des Weiteren ist ein ausreichendes Wissen über die Alterssicherungssysteme und konkret über die tatsächliche sowie erwartete „eigene Rente“ eine wichtige Grundlage für die Lebensplanung der Bevölkerung – und in der Konsequenz wiederum eng mit Einstellungen und der Akzeptanz verknüpft. Ullrich¹⁹, der in seinem Überblicksartikel zum Forschungsstand zur eigenen Überraschung eine doch recht breit belegte hohe Akzeptanz des Sozialstaats feststellen musste, merkte hierzu vor einigen Jahren bereits an: *„Die nicht zu übersehenden Defizite der Forschung zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates konnten dabei auf zwei eng verbundene Unterlassungen zurückgeführt werden, nämlich auf den weitgehenden Verzicht auf die gezielte Erhebung von Primärdaten und auf eine ungenügende theoretische Konzeptionalisierung von sozialer Akzeptanz und den Faktoren, von denen man einen Einfluss auf die Akzeptanzurteile der Befragten erwartet“*.²⁰

Vor diesem Hintergrund betrachtet lässt sich als ein Fazit der vorliegenden Expertise festhalten, dass die Datenlage im Hinblick auf „Akzeptanz von und Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung“ bei genauerer Betrachtung – trotz der Vielzahl der vorhandenen Untersuchungen zu Rente(n) und Alterssicherung – leider immer noch erhebliche Lücken – und auch ein gerütteltes Maß an aufklärungsbedürftigen Widersprüchen - aufweist. Zwar können durch eine weitere detaillierte Sekundäranalyse der diversen Umfrage-Ergebnisse mit Sicherheit viele noch nicht oder zumindest nicht ausreichend vorhandene Erkenntnisse gewonnen werden. Durch eine genauere Betrachtung von methodisch als vergleichsweise zuverlässig eingestuften Erhebungen dürften sich auch fundierte Hinweise auf mögliche Einstellungsmuster der Bürger und deren Erklärung ergeben – stellenweise, bzw. wo machbar, auch im Zeitverlauf. Dies würde zweifellos eine Grundlage für eine Versachlichung der öffentlichen Debatten im Bereich der Alterssicherung schaffen.

Anhand eines solchen Vorgehens in Form einer vergleichenden tieferen sekundäranalytischen Untersuchung der diversen Umfrage-Materialien würde somit unseres Erachtens schon ein wichtiger Beitrag für eine offensivere Auseinandersetzung mit der Thematik von Seiten des VDR erreicht werden können. Aber auch betreffs der genaueren Erklärung für

gen: B. Wegener: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen, in: Zeitschrift für Soziologie 21/1992, S. 269-283.

¹⁹ C. G. Ullrich: Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung, in: Soziale Welt, 51/2000, S. 131-151.

²⁰ Ebenda, S. 144.

gewisse Einstellungsmuster und Entwicklungen in der Bevölkerung zum Thema Alterssicherung wäre eine solche weitere Analyse vorhandener Studien zum Zweck des Erkenntnisgewinns für die Handlungsträger in Politik und Verwaltung wichtig.

Dies kann jedoch nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen. Denn es bestehen, wie oben erläutert, in der Summe betrachtet zweifellos noch erhebliche Lücken im Monitoring. Abhilfe wäre hier – gerade mit Blick auf eine adäquate Ausgestaltung der in den nächsten Jahren zu erwartenden Veränderungen im System der Alterssicherung - dringend geboten, kann jedoch auf die nötige umfassende Art nicht kurzfristig und ohne weiteres geschaffen werden. Dies ist – im Gegensatz zu einem detaillierten sekundäranalytischen Vorgehen - auf befriedigende Art und Weise wohl nur in einem mittelfristig angelegten Prozess zu erreichen. Grundsätzlich möglich wäre hierzu beispielsweise eine methodisch auch hohen Ansprüchen genügende mehrmalige Einschaltung in eine regelmäßig durchgeführte Mehrthemen-Erhebung, oder aber eine eigenständige, möglichst im Zeitverlauf zu wiederholende Befragung mit direktem Schwerpunkt zu den Einstellungen der Bürger zur gesetzlichen Rentenversicherung. In welcher Form auch immer, man kann jedenfalls von einem Umstand ausgehen: Eine solche Befragung mit Fokus auf die in dieser Expertise identifizierten Lücken im Monitoring – in Verbindung mit einem angemessenen Forschungsdesign sowie einer entsprechenden inhaltlichen Konzeption - würde eine zielführende und sinnvolle Maßnahme sein und den Forschungsstand im wichtigen Bereich der subjektiven Aspekte der Alterssicherung einen gehörigen Schritt voranbringen. Somit könnte – evt. in Verbindung mit den an den „harten“ Indikatoren orientierten Daten aus AVID und ASID des VDR - eine fundierte und aufschlussreiche empirische Grundlage für die künftige Ausgestaltung des Rentensystems in Deutschland, und zwar *mit* der nötigen angemessenen Berücksichtigung der in der Vergangenheit bereits viel zu oft vernachlässigten subjektiven Einstellungen der Bürger zu Rente(n) und Alterssicherung, entstehen.

Literaturverzeichnis

Andreß, Hans-Jürgen; Heien, Thorsten; Hofäcker, Dirk, 2001: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger, Wiesbaden.

Atteslander, Peter, 1991: Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin.

AVID, 2000: Altersvorsorge in Deutschland, Studie im Auftrag von VDR und BMA, Bonn.

Buck, Hartmut; Kistler, Ernst; Mendius, Hans-G., 2002: Demographischer Wandel in der Arbeitswelt. Chancen für eine innovative Arbeitsgestaltung, Stuttgart.

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.), 2003: Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission, Berlin.

Bundesregierung, 2001 (Hrsg.): Sozialbericht 2001, Berlin.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002: Enquête-Kommission Demographischer Wandel. Endbericht, Bonn.

Fasshauer, Stephan, 2002: Wissen über die Rentenversicherung und ihre Bewertung im Wertewandel – Workshop am 4. und 5. Juli 2002 in Würzburg, in: Deutsche Rentenversicherung 9-10/2002, S. 475-476.

Friedeburg, Ludwig von, 1992: Empirische Sozialforschung am Anfang der Bundesrepublik und die Verkehrung ihres demokratischen Potentials, in: Jaufmann, Dieter; Kistler, Ernst; Meier, Klaus; Strech, Karl-Heinz (Hrsg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Frankfurt, New York, S. 37-45.

Gabler, Siegfried; Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. (Hrsg.), 1997: Stichproben in der Umfragepraxis, Opladen.

Gangl, Markus, 1997: Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und den neuen Bundesländern, in: Müller, Walter (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewusstsein und Politik, Opladen, S. 169-204.

Hennis, Wilhelm, 1957: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie: Zur Kritik politischer Umfragen, Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Bd. 200/201, Tübingen.

Hüfken, Volker (Hrsg.), 2000: Methoden in Telefonumfragen, Opladen.

Kaufmann, Franz-Xaver, 1997: Schwindet die integrative Funktion des Sozialstaats?, in: Berliner Journal für Soziologie, 7/1997, S. 5-19.

Kaufmann, Franz-Xaver, 2002: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, Opladen.

Klammer, Ute, 2000: Alterssicherung von Frauen als Aufgabe und Chance der anstehenden Rentenreform, in: WSI-Mitteilungen Nr.3, S. 179-191.

Kohl, Jürgen, 2002: Einstellungen der Bürger zur Sozialen Sicherung, insbesondere zur Alterssicherung. Ein Überblick über die Forschungslage, in: Deutsche Rentenversicherung 9-10/2002, S. 477-493.

Krüger, Jürgen, 1999: Wohlfahrtsstaatliche Entsolidarisierung? Soziologische Diagnosen im Lichte repräsentativer Umfragedaten, in: Zeitschrift für Sozialreform, 45, S. 269-302.

Rinne, Karin; Wagner, Gerd, 1995: Droht ein „Krieg der Generationen“? in: Sozialer Fortschritt 44/1995, S. 289-295.

Roller, Edeltraud, 1992: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

Roller, Edeltraud, 1996: Kürzungen von Sozialleistungen aus Sicht der Bundesbürger, in: Zeitschrift für Sozialreform 42/1996, S. 777-788.

Roller, Edeltraud, 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 115-146.

Roller, Edeltraud, 2002a: Die Entwicklung der Akzeptanz des Sozialstaats und der Alterssicherung in Deutschland seit Mitte der siebziger Jahre, in: Deutsche Rentenversicherung 9-10/2000, S. 510-522.

Roller, Edeltraud, 2002b: Erosion des sozialstaatlichen Konsenses und die Entstehung einer neuen Konfliktlinie in Deutschland, in: APuZ B29-30/2002, S. 13-19.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2000: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

Schmähl, Winfried, 2000: Alterssicherung in Deutschland an der Jahrtausendwende – Konzeptionen, Maßnahmen und Wirkungen, in: Deutsche Rentenversicherung 1-2/2000, S. 50-71.

Schmidt, Manfred G., 1998: Sozialpolitik in Deutschland, Opladen.

Ullrich, Carsten G., 2000: Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung, in: Soziale Welt 51/2000, S. 131-151.

Veenhoven, Ruut, 2002: Why Social Policy Needs Subjective Indicators, in: Social Indicators Research 58/2002, S. 33-45.

Vobruba, Georg, 1983: Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt/Main.

Wegener, Bernd, 1992: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen, in: Zeitschrift für Soziologie 21/1992, S. 269-283.

ANHANG

Übersichts-Tabelle: Umfragen und Studien zu Wissen über & Akzeptanz von Rente(n), Alterssicherung und Sozialstaat in der BRD, mit Hauptaugenmerk auf Zeitraum seit 1980 und geordnet nach 1) Auftraggebern und 2) Zeitpunkt der Befragung

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Altersbild und Altersvorsorge der Arbeiter und Angestellten	Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt; DIVO Frankfurt	1955	1.000 Befragte in der BRD im Alter von 20-65 Jahren; Quotenauswahl sozialversicherter Arbeiter und Angestellter, die noch keine Rente aus der GRV beziehen; mündl. Befragung mit standardisiertem Fragebogen	Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität (Hrsg.): Altersbild und Altersvorsorge der Arbeiter und Angestellten, Forschungsbericht, Frankfurt 1955.
Soziales Gefüge: Renten	IfD Allensbach	1957-1960		IfD Allensbach: Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1958-1964, Allensbach am Bodensee, 1965.
Rentner-Dasein und Altersvorsorge	IfD Allensbach	1967-1973		IfD Allensbach: Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1968-1973, Allensbach am Bodensee, 1974.
Rentenerhöhung und Sozialleistungen	IfD Allensbach	1976		IfD Allensbach: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1976-1977, Allensbach am Bodensee, 1977.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Vertrauen in Rentenversicherung, Altersvorsorge	IfD Allensbach	1976/1978		IfD Allensbach: Rentenversicherung und eigenverantwortliche Vorsorge 78, Kommentarband, Teil1, Allensbach am Bodensee, 1978, S. 46-60.
Wann in den Ruhestand?	IfD Allensbach	1987/1988	2.156 Befragte ab 16 J., 557 Führungskräfte	IfD Allensbach: allensbacher berichte, Nr.8/1988, Allensbach am Bodensee.
Sorgen um die Alterssicherung	IfD Allensbach	April/Mai 1988	1.995 Befragte ab 16 J.	IfD Allensbach: allensbacher berichte, Nr.19/1988, Allensbach am Bodensee.
Sozialstaat, Rentenreform, Altersvorsorge	IfD Allensbach	1996/1997		IfD Allensbach: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1993-1997, München 1997.
Alterssicherung und soziale Sicherheit	IfD Allensbach	Allensbacher Archiv bis 1999		Köcher, Renate: Erwartungen und Bedürfnisse des Bürgers an die Alterssicherung – eine Analyse der Nachfrage, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 7/2000.
Rentensicherheit, Altersvorsorge	IfD Allensbach	1997-2001		IfD Allensbach: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1998-2002, München 2002.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
AWA 2000: Private Rentenversicherung	IfD Allensbach, Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse	1999/2000	20.938 Befragte; mündlich-persönliche Interviews	IfD Allensbach: allensbacher berichte, Nr.14/2000, Allensbach am Bodensee. (+ Zeitreihen)
AWA 2001: Private Rentenversicherung	IfD Allensbach Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse	2000/2001	20.606 Befragte	IfD Allensbach: allensbacher berichte, Nr.18/2001, Allensbach am Bodensee.
Politbarometer: Rentensicherheit	Forschungsgruppe Wahlen, MARPLAN Offenbach; ZDF	März bis Dezember 1977	Monatliche Trend-Erhebung mit jeweils ca. 1.000 Befragten; Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Mündliche Befragung mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 1977 (Kumulierter Datensatz), ZA-Studiennr. 2160.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Politbarometer: Sicherheit der Altersrenten	Forschungsgruppe Wahlen, MARPLAN Offenbach; ZDF	Januar bis November 1978	Monatliche Trend-Erhebung mit jeweils ca. 1.000 Befragten; Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Mündl. Befr. mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 1978 (Kumulierter Datensatz), ZA-Studiennr. 2171.
Politbarometer: Einschätzungen zur Rente; Kürzung von Sozialleistungen	Forschungsgruppe Wahlen, MARPLAN Offenbach; ZDF	Januar bis November 1983	Monatliche Trend-Erhebung mit jeweils ca. 1.000 Befragten; Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Mündl. Befr. mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 1983 (Kumulierter Datensatz), ZA-Studiennr. 2209.
Politbarometer: Rentenversicherung, Verkürzung der Lebensarbeitszeit	Forschungsgruppe Wahlen, MARPLAN Offenbach; ZDF	Januar bis Dezember 1984	Monatliche Trend-Erhebung mit jeweils ca. 1.000 Befragten; Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Mündl. Befr. mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 1984 (Kumulierter Datensatz), ZA-Studiennr. 2220.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Politbarometer (Wahlstudie): Finanzierung der Rentenversicherung	Forschungsgruppe Wahlen; ZDF	Januar bis Dezember 1998	Monatliche Trend-Erhebung mit jeweils ca. 1.000 Befragten; Mehrstufige Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Telefonische Befr. mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Wahlstudie 1998 (Kumulierter Datensatz), ZA-Studiennr. 3160.
Politbarometer: Private Altersvorsorge, Rentensicherheit	Forschungsgruppe Wahlen; ZDF	Januar bis Dezember 2000	Monatliche Trend-Erhebung mit jeweils ca. 1.000 Befragten; Mehrstufige Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Telefonische Befr. mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 2000 (Kumulierter Datensatz), ZA-Studiennr. 3425 (Westdeutschland) und ZA-Studiennr. 3426 (Ostdeutschland).

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Politbarometer: Beitragserhöhung Rentenversicherung	Forschungsgruppe Wahlen; ZDF	November 2002	1.268 Befragte; Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Telefonische Befr. mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 11/2002. Repräsentative Umfrage - KW 46, Mannheim 2002.
Politbarometer: Rentenalter und Alterssicherung	Forschungsgruppe Wahlen; ZDF	Dezember 2002	1.205 Befragte; Zufallsauswahl von Wahlberechtigten in Privathaushalten; Telefonische Befr. mit standardisiertem Fragebogen	Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 12/2002. Repräsentative Umfrage - KW 50, Mannheim 2002.
Bürger und Sozialstaat	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Infratest München	Oktober/November 1978	6.566 Befragte ab 16 J.; Repräsentativerhebung	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Bürger und Sozialstaat, München 1979. (ZA-Studiennr. 1143)
Wohlfahrtssurvey: Zuständigkeit des und Ansprüche an den Staat	Statistisches Bundesamt, WZB, ZUMA	1978, 1984, 1988, 1990 (Ost), 1993, 1998	Sozialwissenschaftl. Großerhebung; Repräsentative Befragung	Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999, Bonn 2000.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Wohlfahrtssurvey: Altersvorsorge	Statistisches Bundesamt, WZB, ZUMA	1998, WS Trend 2001	Sozialwissenschaftl. Großerhebung; Repräsentative Befragung	Bulmahn, Thomas: Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge. Vorsorgebereitschaft, Vorsorgeniveau und erwartete Absicherung im Alter, WZB FSIII 02-403, Berlin 2002.
ALLBUS: Rolle des Staats in der Sozialpolitik; Vertrauen Alterssicherung	Statistisches Bundesamt, WZB, ZUMA	1984, 1991, 1994, 2000 (1991 und 1994 Schwerpunktthema „Wohlfahrtsstaatliche Einstellungen“)	Sozialwissenschaftl. Großerhebung; Repräsentative Befragung	Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002, Bonn 2003, S. 611-615. Gräf, Lorenz/Jagodzinski, Wolfgang: Wer vertraut welcher Institution: Sozialstrukturell und politisch bedingte Unterschiede im Institutionenvertrauen, in: Braun, Michael/Mohler, Peter: Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland, 1998.
Role of Government: Pensions	ISSP (International Social Survey Programme); ZUMA	Mai-August 1985	1.048 Befragte ab 18 J. in Privathaushalten; schriftl. Befr. per Post	ISSP: Role of Government I, 1985. (ZA-Studiennr. 2240)

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Social Inequality: Conflict Young-Older	ISSP (International Social Survey Programme); ZUMA	September/Oktober 1987	1.397 Befragte ab 18 J. in Privathaushalten; Random-Route-Auswahl; schriftl. Befr. per Post	ISSP: Social Inequality, 1987. (ZA-Studiennr. 1680)
Role of Government: Pensions	ISSP (International Social Survey Programme); ZUMA; INFAS	März-Mai 1990	2.812 Befragte in Westdeutschland ab 18 J. in Privathaushalten; schriftl. Befragung	ISSP: Role of Government II, 1990. (ZA-Studiennr. 2240)
Social Inequality: Conflict Young-Older	ISSP (International Social Survey Programme); ZUMA; Infratest	Mai-Juni 1992	2.297 Befragte in Westdeutschland, 1.094 in Ostdeutschland ab 18 J. in Privathaushalten; Random-Route-Auswahl; schriftl. Befr.	ISSP: Social Inequality II, 1992. (ZA-Studiennr. 2310)
National Identity: Proud of Social Security System	ISSP (International Social Survey Programme); ZUMA; Infratest	März-Mai 1995	1.282 Befragte in Westdeutschland, 612 in Ostdeutschland ab 18 J. in Privathaushalten	ISSP: National Identity, 1995. (ZA-Studiennr. 2880)

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Role of Government: Social Security and Pensions	ISSP (International Social Survey Programme); ZUMA	Februar-Juli 1996	2.361 Befragte in Westdeutschland, 1.109 in Ostdeutschland ab 18 J. in Privathaushalten; schriftl. Befragung	ISSP: Role of Government III, 1996. (ZA-Studiennr. 2900)
SOEP: Soziale Sicherheit; Absicherung Alter	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)	1987, 1992, 1997 <i>(Renten-Schwerpunkt im Fragebogen 2002)</i>		Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Sozio-Ökonomisches Panel, Berlin, versch. Jahre.
Eurobarometer 37.1: Consumer Goods and Social Security	Europäische Kommission; Eurostat	April/Mai 1992	1.008 Befragte in Westdeutschland, 1.058 in Ostdeutschland; europaweite Repräsentativbefragung	Commission of the European Communities: Age and Attitudes – Main Results from a Eurobarometer-Survey, Brussels 1993. Rinne, Karin: Einstellungen zur sozialen Sicherung im europäischen Vergleich, Diskussionspapier 97-01, Bochum 1997

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Eurobarometer 56.1: Social Exclusion and Modernization of Pension Systems	Europäische Kommission; Eurostat <i>(Freigabe des Datensatzes voraussichtlich Dezember 2003)</i>	September/Oktober 2001	1.000 Befragte in Westdeutschland, 1.009 in Ostdeutschland; europaweite Repräsentativbefragung	Gallie, Duncan/Paugam, Serge: Social Precarity and Social Integration. Report for the European Commission based on Eurobarometer 56.1, Brussels 2002. Kohl, Jürgen: Breite Zustimmung für Beibehaltung des Rentenniveaus auch bei steigenden Beiträgen. Einstellungen zur Alterssicherung im europäischen Vergleich, in: ISI 29, 2003.
Soll und Haben: Altersvorsorge und Rentensicherheit	Spiegel-Verlag und manager-magazin; Infratest Burke Finanzforschung, Sinus Sociovision	1995, 2000	Jeweils ca. 10.000 Befragte, davon ca. 8.000 Random-Stichprobe und ca. 2.000 Quoteninterviews gehobener Einkommen; deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten; mündliche Befragung mit standardisiertem Fragebogen	Spiegel-Verlag, manager-magazin (Hrsg.): Soll und Haben 4, Hamburg 1995. Spiegel-Verlag, manager-magazin (Hrsg.): Soll und Haben 5, Hamburg 2000.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Finanzierungs- und Belastungsgrenzen des Sozialstaats im Urteil seiner Bürger	Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (FiO)	Februar/März 1996	1.205 Befragte ab 18 J.; Zufallsstichprobe nach Random-Route-Verfahren; mündliche Befragung mit standardisiertem Fragebogen	FiO: Die Gesetzliche Rentenversicherung – Trotz Reform in der Krise, Arbeitspapier Nr. 5, Köln 1998.
Rentenreform	Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (FiO)	Januar/Februar 1997	742 Befragte in Westdeutschland, 185 in Ostdeutschland ab 18 J.; repräsentative Zufallsstichprobe; telefonische Interviews (CATI)	FiO: Die Rentenreform im Urteil der Bevölkerung, Arbeitspapier Nr. 3, Köln 1997.
Konsenskrise Soziale Marktwirtschaft; Zukunft der Altersvorsorge	Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (FiO)	Oktober/November 1997	758 Befragte in Westdeutschland, 407 in Ostdeutschland ab 14 J.; Random-Route-Auswahl der Befragten; CAPI-gestützte mündl. Befr. mit standardisiertem Fragebogen	FiO: Die Gesetzliche Rentenversicherung – Trotz Reform in der Krise, Arbeitspapier Nr. 5, Köln 1998. Föste, Wilga/Janßen, Peter: Die Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt/Main 1999.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Zukunft der Erwerbsarbeit – Flexibilisierungspotenziale am Arbeitsmarkt; Soziale Sicherung und Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge	Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (FiO)	Oktober 1999	1.005 Befragte; Zufallsstichprobe mit Repräsentativität für BRD	FiO: Individualisierte Sicherheit in einer flexibilisierten Arbeitswelt, in: FiO-Brief 3/2000, S. 1-7.
SoWi-BUS: Absicherung bei Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit	WZB	Ende 1996	2.019 Befragte in West-, 1.078 in Ostdeutschland; Repräsentative Befragung	WZB: Angst und Enttäuschung. Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, in: WZB-Mitteilungen 77/1997, S. 3-6.
Alters-Survey: Rente(n) und Altersvorsorge	FU Berlin (Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf); infas Sozialforschung Bonn	1996, 2002	(U.a.) Panel-Stichprobe mit 4.838 bzw. 2.000 Befr. ab 40 J. mit dt. Staatsbürgerschaft in Privathaushalten; Repräsentativ	Kohli, Martin/Künemund, Harald: Der Alters-Survey: Die zweite Lebenshälfte im Spiegel repräsentativer Daten, in: APuZ B20/2003, S.18-25.
Bewertung der geplanten Renten-Reform	EMNID	Januar/Februar 1997	742 Befragte in Westdeutschland, 185 in Ostdeutschland	EMNID: Umfrage & Analyse Heft 3/4 1997, Bielefeld.
Aussagen zur Rente	EMNID	November 1997	742 Befragte in Westdeutschland, 185 in Ostdeutschland	EMNID: Umfrage & Analyse Heft 1/2 1998, Bielefeld.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Ausreichender Lebensunterhalt aus der gesetzlichen Rentenversicherung; Spielraum für private Altersvorsorge	EMNID	August 1998	2.304 Befragte in Westdeutschland, 582 in Ostdeutschland	EMNID: Umfrage & Analyse Heft 9/10 1998, Bielefeld.
Rente ab 60	EMNID	Oktober 1999	730 Befragte in Westdeutschland, 188 in Ostdeutschland	EMNID: Umfrage & Analyse Heft 11/12 1999, Bielefeld.
Aussagen zur Rente	EMNID	November 2000	728 Befragte in Westdeutschland, 187 in Ostdeutschland	EMNID: Umfrage & Analyse Heft 11/12 2000, Bielefeld.
Verbesserung des Rentensystems durch geplante Reform	EMNID	Mai 2001	393 Befragte in Westdeutschland, 106 in Ostdeutschland	EMNID: Umfrage & Analyse Heft 5/6 2001, Bielefeld.
ZEIT-Umfrage: Rente(n) und Altersvorsorge	Die ZEIT; Infratest dimap	Juni 1998	718 Befragte in West-, 287 in Ostdeutschland; CATI-gestützte repräsentative Befragung der 18-64jährigen Bevölkerung	Hauch-Fleck, Marie-Luise u.a.: Klüger, als die Politik erlaubt., in: Die Zeit, 06.08.1998. Infratest dimap: Die Deutschen und die Renten. Eine Umfrage im Auftrag der ZEIT, München 1998.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Private Altersvorsorge, Gesetzliche Rentenversicherung, Eigenverantwortung oder Staat	Bundesverband deutscher Banken (BdB)	1998		Bundesverband deutscher Banken: Deutschland nach dem Regierungswechsel. Ergebnisse zweier repräsentativer Meinungsumfragen, demo/skopie Nr. 3/1999.
Umfang Sozialleistungen, Eigenverantwortung oder Staat	Bundesverband deutscher Banken (BdB)	2000		BdB: Der Wirtschaftsstandort im Zeichen der Globalisierung. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen, demo/skopie Nr. 8/2000.
Altersversorgung, Renten-niveau	Bundesverband deutscher Banken (BdB); Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos)	November 2000	1.502 Befragte; Wahlberechtigte	Bürklin, Wilhelm/Jung, Christian: Deutschland im Wandel, in: Korte, Karl-Rudolf/Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Bonn 2001.
Umfang Sozialleistungen, Eigenverantwortung oder Staat	Bundesverband deutscher Banken (BdB)	2001		BdB: Eigenverantwortung, demo/skopie Nr. 12/2001.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Eigenverantwortung oder Staat, Altersversorgung	Bundesverband deutscher Banken (BdB)	2002		BbB: Der Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen, demo/skopie Nr. 14/2002.
Rentensystem, Soziale Sicherheit	Bundesverband deutscher Banken (BdB); Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos)	2002	1.546 Befragte	BbB: Nach der Wahl: Deutschland im Aufbruch? Ergebnisse aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen, Mannheim 2002.
Deutschland-Trend: Alterssicherung und Rentenreform	ARD und acht deutsche Zeitungen; Infratest dimap	September 1998 bis Oktober 2000	900 Befragte in West-, 400 in Ostdeutschland, Wahlberechtigte ab 18 J.; Zufallsauswahl; Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	Deutschland-Trend: Aktuelle Meinungsumfrageergebnisse zur Alterssicherung und Rentenreform 2000, Infratest dimap 2000.
Rentenversicherung und Altersvorsorge	Fidelity Investments; SINUS Institut München	Anfang 1999	1.260 Befragte mit Repräsentativität für die deutsche Erwerbsbevölkerung (22- 61jährig)	SINUS Institut: Andere Zeiten, andere Sorgen. Altersvorsorge in Deutschland '99, München 1999.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Delphi-Expertenforum: Zukunft und Stellenwert der betrieblichen Altersvorsorge (BAV)	Kohtes & Klewes, Victoria Lebensversicherung; Infratest Burke	1999	Expertenbefragung aus Politik, Wirtschaftsverbänden, Unternehmen zur BAV; 92 Teilnehmer in Befragungswelle 1, 79 in Befragungswelle 2	Infratest Burke: Delphi-Studie: „Zukunft der BAV“, Chartbericht 2000.
Altersvorsorge und Frauen	Deutsches Institut für Altersvorsorge; psychonomics-AG Köln	Oktober 1999	1.024 Frauen zwischen 30 und 59 J.; repräsentative Zufallsstichprobe; standardisierte Face-to-face Interviews	Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Altersvorsorge und Frauen, Köln, 1999.
Der Sozialstaat in Europa. Die Reformbereitschaft der Bürger	Deutsches Institut für Altersvorsorge, European Roundtable of Industrialists, DFG; IVS der Uni Mannheim; infas-Institut Bonn			Deutsches Institut für Altersvorsorge: Mehrländerumfrage. Rentenversicherung und Reformbereitschaft, 2000. Börsch-Supan, Axel: Rentenreform und die Bereitschaft zur Eigenvorsorge. Umfrageergebnisse in Deutschland, Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung No. 583-00, Mannheim 2000.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Der Wissensstand zur Rentenform	Deutsches Institut für Altersvorsorge; psychonomics-AG Köln; forsa GmbH Berlin	März 2001	1.003 Befragte; systematische Zufallsauswahl; CATI-gestützte BUS-Befragung	Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Der Wissensstand zur Rentenform. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, Köln, 2001.
Frauen und ihre Altersvorsorge II	Deutsches Institut für Altersvorsorge; psychonomics-AG Köln	2001	1.052 Frauen und 448 Männer zwischen 30 und 59 J.;	Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Frauen und ihre Altersvorsorge II, Köln 2001.
DIA-Rentenbarometer; versch. Ausgaben	Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA); psychonomics-AG Köln	März, Juni, Oktober 2002, Januar, Juni 2003	Jeweils 1.000 Befragte zwischen 18 und 65 J.; systematische Zufallsauswahl; CATI-gestützte BUS-Befragung	Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Das DIA-Rentenbarometer, Köln, versch. Ausgaben 2002 und 2003.
Rentenreform, Zukunft der Gesetzlichen Rentenversicherung	Volkssolidarität Bundesverband e.V.; Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ)	Mai/Juni 2000	1.025 Befragte in Ostdeutschland zwischen 18 und 60 J.; Repräsentative Befragung für Ostdeutschland	Volkssolidarität Bundesverband e.V.: Rentenreform – wie die Betroffenen denken, Presseinformation, Berlin 2001.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
International Social Justice Project (ISJP): Einstellungen zu Rente und Sozialstaat	Für BRD: Prof. Bernd Wegener; Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin	(1991, 1996) 2000	1.891 Befragte in Westdeutschland, 1.324 in Ostdeutschland	Lippl, Bodo: Soziale Sicherheit durch den Sozialstaat? Einschätzungen zu Rente, Arbeitslosigkeit und Krankheit in Ost- und Westdeutschland, in: ISI 26/2001, S. 7-11.
Generationengerechtigkeit; Rentenpolitik	Hanns-Seidel-Stiftung; Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH Hamburg (GMS Dr. Jung)	2001	2.000 Befragte ab 16 J.; Repräsentative Befragung; Face-to-face Interviews	Hanns-Seidel-Stiftung: Generationenstudie 2001. Zwischen Konsens und Konflikt: Was Junge und Alte voneinander denken und erwarten, Sonderausgabe Politische Studien, München 2002.
Riester-Rente	Bauer Media KG; Ipsos Deutschland GmbH Hamburg	Juli 2001	1.000 Befragte ab 18 J.; Random-Route-Auswahl der Befragten; Face-to-face-Befragung im Rahmen einer CAPI-gestützten Mehrthemenumfrage	Bauer Media KG: Die Riester Rente. Meinungen – Potentiale – Zielgruppen, Hamburg 2001.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Riester-Rente	Bauer Media KG; Ipsos Deutschland GmbH Hamburg	Februar 2002	1.000 Befragte ab 18 J.; Random-Route-Auswahl der Befragten; Face-to-face-Befragung im Rahmen einer CAPI-gestützten Mehrthemenumfrage	Bauer Media KG: Die Riester Rente II. Meinungen – Potentiale – Zielgruppen, Hamburg 2002.
Reform der sozialen Sicherungssysteme	Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC); EMNID	August 2002	2.111 Befragte; repräsentative Befragung	Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Ein Land im Reformstau, in: Soziale Sicherung 48/2002, Köln.
Vorsorgereport. Repräsentative Erhebung zu Vorsorgesituation und –verhalten der 30- bis 50-Jährigen in Deutschland.	Bertelsmann-Stiftung; Institut für Finanzdienstleistungen; Infratest Sozialforschung	2002	2.000 Befragte im Alter von 30-50 J.; telefonische Befragung (CATI)	Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Vorsorgereport – Private Alterssicherung in Deutschland, Gütersloh 2003.
Altersvorsorge 2003: Riester-Rente: Wer hat sie, wer will sie?	Bertelsmann-Stiftung; Infratest Sozialforschung	Dezember 2002 und 1. Quartal 2003	1.380 Befragte im Alter von 30-50 J.; Computer-gestützte Telefoninterviews	Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Altersvorsorge 2003: Wer hat sie, wer will sie? Private und betriebliche Altersvorsorge der 30- bis 50-Jährigen in Deutschland, Gütersloh, April 2003.

Quelle (Titel bzw. Inhalt der Primärerhebung /Untersuchung)	Auftraggeber und/oder Durchführender	Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Befragung/Untersuchung	Methodische Merkmale	Literaturangaben (Veröffentlichungen, zugehörige Publikationen)
Wohlfahrts-/ Sozialstaat	Edeltraud Roller (WZB)		<i>Konzeptualisierung und sekundär-analytische Auswertung diverser Datensätze</i>	Roller, Edeltraud: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992. Roller, Edeltraud: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: Gabriel, Oscar W.: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 115-146. Roller, Edeltraud: Erosion des sozialstaatlichen Konsenses und die Entstehung einer neuen Konfliktlinie in Deutschland, in: APuZ B29-30/2002.
Wohlfahrts-/ Sozialstaat	Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie: Projekt „Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Einstellungen der Bürger“ (WME)		<i>Konzeptualisierung und sekundär-analytische Auswertungen diverser Datensätze</i>	Hofäcker, Dirk: Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat. Erste Ergebnisse einer empirischen Analyse von ALLBUS und Politbarometer 1990-1996, WME-Arbeitspapier Nr. 5, Bielefeld 1998. Andrefß, Hans-Jürgen/Heien, Thorsten/Hofäcker, Dirk: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger, Wiesbaden 2001. Heien, Thorsten/Hofäcker, Dirk: Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat als mehrdimensionales Konstrukt. Alte und neue Bundesländer 1996, WME-Arbeitspapier Nr. 10, Bielefeld 2002.

Quelle: INIFES, eigene Zusammenstellung 2003.